

*Ein Ruf aus Neukölln -
Artikel und Essays zur
deutschen Politik*

Michael Frank

www.michael-frank.eu

Impressum

Titel: Ein Ruf aus Neukölln – Artikel und Essays zur deutschen Politik

Autor: Michael Frank, www.michael-frank.eu, PND 142082090

Deutsche Nationalbibliothek: <http://d-nb.info/gnd/142082090>

Verlag und Druck: Michael Frank, www.michael-frank.eu, <http://d-nb.info/1006832971>

Umschlaggestaltung: Michael Frank, www.michael-frank.eu

Ort und Jahr: Berlin, 2010

URN: urn:nbn:de:0275-2011022107

Alle Rechte vorbehalten.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	2
Einleitung.....	3
(Aus-)Bildung ist eure Zukunft.....	4
Linksruck/Marx21 – Ein antisemitischer Störtrupp.....	5
„Nicht mit der Linken.“ ist keine klare Koalitionsaussage – Steinmeier soll Farbe bekennen!	11
Rot-Rot-Grün im Bund ist möglich!.....	13
Überlegungen zu den Landtagswahlen im Saarland, Thüringen und Sachsen.....	15
Wenn man die Mehrheit hat, sollte man sie nutzen!.....	18
Ich stehe zum demokratischen Sozialismus als Bewegung, Ziel und Wertesystem!.....	19
Ja! Schmiedet die rote Einheitsfront in Thüringen und im Saarland.....	21
Ehegattensplitting abschaffen – Individualbesteuerung einführen.....	23
Ist die Linkspartei totalitär? – Die Linke im Positivismusstreit.....	26
Wer sind die Reformer der Linkspartei?.....	28
Nazi-Anschlag auf das Salvador-Allende-Zentrum in Neukölln.....	30
Gebührenfreie öffentliche Kinderbetreuung flächendeckend garantieren.....	31
Für Rot-Rot in Brandenburg!.....	33
Bundesumweltminister Sigmar Gabriel zu Gast im Wahllokal der Jusos Berlin.....	34
Direkte Demokratie stärken!.....	36
Franz Müntefering sollte sein OK für Rot-Grün geben.....	37
Lafontaine handelt antiautoritär und basisdemokratisch.....	38
Zum bundesweiten Bildungstreik.....	40
Wir Sozialdemokraten wollen mehr Demokratie wagen.....	43
SPD auf dem Weg zur Solidarischen Moderne?.....	47
Zur Landtagswahl in NRW.....	51
Verbraucherrechte stärken!.....	57
Regierungsbildung in Nordrhein-Westfalen.....	58
Rot-rot in Berlin – Ein Erfolgsmodell für die Hauptstadt.....	60
Die SPD Neukölln ist die richtigrote Volkspartei – Neue KandidatInnen aufgestellt.....	62
Die Mafia regiert Neukölln!.....	64
Schlussbemerkungen.....	66
Literaturverzeichnis.....	67

Vorwort

Dieses Buch entstand in der Zeit zwischen 2006 und 2010. In diesen Jahren habe ich bereits intensiv Kommunalpolitik in Neukölln betrieben, vor allem in den Bereichen Bildung, Schule und Kultur im gleichnamigen Ausschuss der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung als Bürgerdeputierter der Linksfraktion und später als stellvertretender Bürgerdeputierter in der SPD-Fraktion, aber mich auch für landes- und bundespolitische Themen eingesetzt.

Ich habe hier mehrere Artikel aus dieser Zeit zu einem politischen Sachbuch zusammengefügt, um es in geeigneter Form auch online verfügbar zu machen.

Der Parteiwechsel von der Linkspartei zur Sozialdemokratie erklärt sich durch die Umstände, die sich durch die Majorisierung des Neuköllner Bezirksverbandes der Linkspartei durch die Kader-Organisation Linksruck/Marx21 ergeben haben. Mir schien es dadurch nicht mehr möglich, mich weiter für die Interessen der Neuköllner Bevölkerung einzusetzen und bürgernahe Politik zu betreiben, weil ich mich durch die geänderten Mehrheitsverhältnisse nicht für die weltfremden Forderungen der Basis einsetzen konnte, da der Bezirksvorstand der Neuköllner Linken nunmehr Positionen vertritt, die meines Erachtens nicht demokratisch und sozial sind und die lokale Gliederung weitestgehend für egoistische Zecke missbraucht werden.

Allen bisherigen langjährigen Mitstreitern, vor allem der Basisorganisation Demokratische Linke, dem Forum Demokratischer Sozialismus und den Mitgliedern des Netzwerkes Reformlinke und der Emanzipatorischen Linken wünsche ich viel Kraft und Durchsetzungsvermögen bei ihren sozialen und politischen Aktivitäten, die ich weiterhin als positives gesellschaftliches und politisches Engagement wahrnehme.

Meine Kritik an den alten und neuen Dogmatikern in der Linken ist fundamental, weil ich mich immer dafür eingesetzt habe, was der Gründungskonsens der PDS war: Nie wieder Stalinismus, nie wieder eine Politik, die zu einer Diktatur gegen das Volk und die eigenen Mitglieder führen kann. Deswegen habe ich meine mahnende Stimme innerparteilich recht oft erhoben und denke, dass ich dabei sowohl glaubwürdig war, als auch trotz der ablehnenden

Ich denke: Wenn Die Linke sich von den altbackenen Positionen trennt und sich öffnet für Realpolitik in der sozialen Wirklichkeit, dann kann sie eine Bereicherung für das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union werden, wenn sie sich aber weiter in ideologischen Debatten aus dem letzten Jahrtausend verrennt und dabei die Umwelt nicht mehr wahrnimmt, ist sie eine Blockade-Partei.

Mit diesem Buch will ich dokumentieren, welche Themen ich in dieser Zeit bearbeitet habe und hoffe meinen Lesern gefällt es. Da das alte Sprichwort sagt: Wer schreibt der bleibt, veröffentliche ich hiermit mein erstes längeres Werk, vor allem deshalb, um den schäbigen Gaunern und dem Gammlerpack im Deutschen Bundestag und vor allem im Kabinett den Kampf anzusagen, die das Volk belügen und aushungern lassen, sich selbst nur die eigenen Taschen vollstopfen und nicht in der Lage sind eine nachhaltige Politik für die Zukunft aller Mitglieder unserer Gesellschaft zu betreiben.

Einleitung

Üblicherweise hat jedes längere Buch eine Einleitung für das danach Geschriebene, um dem Leser das Verständnis zu erleichtern. Es handelt sich bei diesem Buch um ein journalistisches Werk oder auch um Politische Literatur.

Bei den Kapiteln gehe ich jeweils nach dem Datum der Veröffentlichung der Artikel und Essays chronologisch vor.

Bei den etwas längeren Essays habe ich unter Zuhilfenahme von Methoden der Sozial- und Politikwissenschaft gearbeitet. Da der Essay eine wissenschaftliche Form ist, kann man diese für sich genommen auch als wissenschaftliche Veröffentlichungen betrachten. Dies gilt meines Erachtens für die Kapitel „Linksruck/Marx21 – Ein antisemitischer Störtrupp“, „Überlegungen zu den Landtagswahlen im Saarland, Thüringen und Sachsen“, „SPD auf dem Weg zur Solidarischen Moderne?“ und „Zur Landtagswahl in NRW“, die ich als kurze wissenschaftliche Essays betrachte.

Dennoch: Obwohl ich an verschiedenen Stellen des Werkes zitiere und paraphasiere ist dieses Buch ist keine Monographie. Das hat Vor- und Nachteile: Bei einer Monographie wird üblicherweise ein einziges Thema ausführlich bearbeitet, bei dem man dann nach einer umfangreichen Quellenanalyse zu einem Fazit, das heißt einer Beurteilung über die Realität kommt.

Wenn man so vorgeht, kann man dies als ein Merkmal für mehr Neutralität sehen, auf der anderen Seite bietet eine chronologische Aufreihung von kurzen Artikeln zu verschiedenen Themen oder auch eine gute Polemik, die Möglichkeit für Autor und Leser den Ansatz weiter zu denken und die Möglichkeit etwas freier abseits von den formalen Ansprüchen an wissenschaftliche Publikationen in einen politischen Diskurs zu treten.

Dennoch verzichte ich nicht auf Quellenangaben für meine Zitate und ich bemühe mich um einen seriöse und angemessenen Ausdruck.

Die angewendeten Methoden sind eine Mischung aus teilnehmender Beobachtung, Hermeneutik, so zum Beispiel die Analyse von Quellen und die Auswertung von Statistiken, wobei hier beachtet werden muss, dass eine aktiv teilnehmende Beobachtung eines einzelnen Akteurs immer einen subjektiven Charakter haben kann. Hier kann man anzweifeln, muss man aber nicht. Ebenfalls fließen eigene Emotionen mit in das Werk ein, sowie das gesamte Kontextwissen des Autors zum Politischen System im Allgemeinen und zur Partei Die Linke im Besonderen.

(Aus-)Bildung ist eure Zukunft

Michael Frank, www.michael-frank.eu vom August 2006, in: Neuköllnisch Jugendausgabe August 2006

Stefans Eltern sind arbeitslos, daher sind seine Chancen auf eine gute Ausbildung schlecht. Bei seinem Freund Achmed sieht es noch schlechter. In keinem anderen Land sind Art und Qualität der Ausbildung von Kindern und Jugendlichen so vom Geldbeutel der Eltern abhängig wie in Deutschland. Zum Beispiel legen nur 28 Prozent eines Jahrgangs das Abitur ab, während es in Finnland über 60 Prozent sind.

Nach dem finnischen Schulsystem, dem erfolgreichsten laut PISA, gehen alle Schüler bis zur zehnten Klasse in eine einheitliche Schule. Aber auch innerhalb der Schule organisieren die Finnen vieles anders und einfach zeitgemäßer.

Was in Finnland funktioniert, ist auch in Berlin möglich!

Wir wollen eine Schule für alle und keine weitere soziale Ausgrenzung!

Wir wollen erreichen, dass Kinder aus ärmeren Elternhäusern die gleichen Chancen auf einen guten Schulabschluss haben. Ein Teufelskreis von Armut, niedriger Qualifikation und damit verbundenen schlechten Chancen auf dem Arbeitsmarkt, was zu Armut führt, muss überwunden werden. Das ist zuallererst eine Frage der sozialen Gerechtigkeit.

Wir wollen die Kleinstaaterei im Bildungswesen überwinden. In den 16 Bundesländern gibt es 16 verschiedene Schul- und Hochschulsysteme. Bildungspolitik muss aber eine Aufgabe der ganzen Gesellschaft werden. Wir wollen in Zukunft einheitliche Standards und Lehrpläne, damit Schüler überall die gleichen Chancen haben.

Viele Abgänger und Absolventen von Berliner Hauptschulen haben nach ihrer schulischen Ausbildung keine Chance auf eine Lehrstelle. Gerade im Bezirk Neukölln ist es sehr schwierig für die jungen Menschen, besonders für Migranten. Niemand soll um seine Zukunft betrogen werden!

Wir wollen, dass jeder Jugendliche eine Chance auf einen Ausbildungsplatz erhält. Gegenwärtig bildet nur die Hälfte der Unternehmen in Deutschland aus. Gerade die größten und reichsten Firmen entziehen sich ihrer sozialen Verantwortung. Um Gerechtigkeit zu erzeugen, fordern wir eine Ausbildungsplatzabgabe. Firmen die nicht ausbilden, aber Fachkräfte einstellen, sollen in einen Fond einzahlen. Mit diesem Geld könnten diejenigen unterstützt werden, die trotz knapper finanzieller Mittel ausbilden. Wir sind außerdem gegen Kürzungen bei den Bezügen der Auszubildenden. Pläne, die Arbeitsbedingungen der Auszubildenden zu verschlechtern, werden, wie viele andere Vorhaben, nicht zu mehr Beschäftigung führen.

Eine weitere Möglichkeit zum Berufseinstieg bietet ein Studium. Leider können viele junge Menschen die Kosten dafür nicht mehr aufbringen. Wir wollen, dass es in Berlin auch weiterhin keine Studiengebühren gibt. Jeder Student sollte ein persönliches monatliches Einkommen unabhängig vom Geldbeutel der Eltern haben.

Wir sind an Eurer Seite, wenn es um (Aus-)Bildung geht!

Linksruck/Marx21 – Ein antisemitischer Störtrupp

Michael Frank, 23. März 2009 www.michael-frank.eu

Die Sekte von der hier die Rede ist heißt Marx21, vormals Linksruck, vormals SAG. Sie hat im Zuge der Vereinigung mit der WASG die Partei infiltriert und unterminiert nun mit bolschewistischen Methoden die innerparteiliche Demokratie in der Partei DIE LINKE.

Eines ihrer Hauptthemen ist eine gesinnungsethische Betrachtung des Nahost-Konflikts, die für Sekten-Anhänger eine nicht mehr zu hinterfragende wissenschaftliche Betrachtungsweise darstellt. Jeder Versuch einer Debatte über dieses Thema wird von Linksruck/Marx21-Kadern direkt abgewürgt, weil man glaubt auf der richtigen Seite zu stehen. Eine aggressive und kollektive Art von Geschichtsrevisionismus ist ein weiteres Merkmal dieser Gruppierung.

Verstärkt agitierte die Linksruck/Marx21-Sekte sehr plötzlich und energisch mit dem neuerlichen Ausbruch des Gaza-Konfliktes zum Jahreswechsel 2008/2009. Statt in dieser Situation für Frieden und Solidarität zu streiten, versuchte die Linksruck/Marx21-Sekte die aktuelle Lage in Gaza für ihre antisemitische Propaganda zu nutzen. So brachte die Gruppe ein antisemitisches Flugblatt in den Neuköllner Bezirksvorstand der Partei DIE LINKE ein, dass auf einer „Solidaritäts-Demo“ verteilt werden sollte. In dem Flugblatt wurden bewusst Fakten verdreht und selektiv interpretiert, um im Zuge des aktuellen Konflikts von antisemitischen Stimmungen in der Bevölkerung zu profitieren. Solches Verhalten ist für mich alles andere als links, es ist einfach nur widerlicher antisemitischer Populismus, anti-aufklärerisch und anti-emanzipatorisch.

Dieses Flugblatt wurde von der Vorstandsminderheit scharf kritisiert und es wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, um den Entwurf zu bearbeiten. Dennoch wurde der ursprüngliche Entwurf, da er durch andere Gliederungen der Partei „legitimiert“ wurde in Umlauf gebracht. Selbstverständlich habe auch ich dort deutliche Kritik daran geäußert und klargestellt dass es antisemitische Ressentiments enthält und deshalb untragbar ist.

Darauf schrie mir ein schroffer Ton von Klaus Dieter Heiser entgegen, der sagte, dass er nicht bereit wäre sich hier jetzt inhaltlich dazu zu äußern. Er wolle nur soviel sagen, dass ich „die Propaganda des israelischen Außenministeriums vertrete“. Es sei überhaupt ein Problem, dass in Deutschland zum Gaza-Konflikt nur die „Propaganda der Zionisten“ in den Medien geäußert würde. Außerdem bezeichnete er mich, ebenso wie den Sprecher des BAK Shalom als „Neoliberale rechts von Hendryk M. Broder“.

Dass Herr Broder für die Linksruck/Marx21-Sekte ein Reizwort ist, ist nachvollziehbar, setzt sich doch ihre Mitgliedschaft auch aus den Resten der zerstückelten „Neuen Linken“ zusammen, deren Antisemitismus Broder schon vor mehr als 20 Jahren entlarvt hat. So heißt auch das Agitationsblatt der Gruppe heute weiter „Neue Linke“. Das ist auch inhaltlich Alter Wein in neuen Schläuchen. Leninismus und Klassenkampf mit schönen Bildern, aber ohne Plan und Lösungskonzept.

In der Folge des Gaza-Konfliktes gab es unzählige e-Mails von Linksruck/Marx21-Aktivisten mit pseudo-wissenschaftlichem Inhalt zum Nahost-Konflikt über verschiedene Verteiler der Partei, die dem Duktus nach und durch ihre selektive Quellenauswahl alle nur ein einziges

Ziel hatten: Israel als den einzigen Verursacher des Nahost-Konfliktes zu benennen und den Hamas-Terror, sowie die atomaren Bestrebungen des islamfaschistischen iranischen Regimes unter Ahmadinedschad völlig auszublenden. Kein Wort von den Vernichtungsdrohungen des Iran, der Hamas, der Hisbollah und anderer Terrorgruppen in Nahost. Kein Wort von rassistisch und antisemitisch motivierten Terroranschlägen von Islamisten auf israelische Zivilisten. Vielmehr wurde eine absolut einseitige Betrachtung ebenso versucht zu indoktrinieren, wie es in anderen Untergliederungen geschieht, in denen Linksruck/Marx21 eine Mehrheit hat.

Bei der Masse an Aufrufen und e-Mails stellt man sich doch ernsthaft die Frage, woher dieser Fetischismus kommt, nur Israel für die dramatische Lage in Nahost ins Visier zu nehmen und alle anderen Betrachtungsebenen zu ignorieren oder zu negieren. Für mich war das alles letztlich nichts weiter, als antisemitische Gesinnungsethik.

Klar ist, dass all diese Agitation sich mit den inhaltlichen Positionierungen der Linksruck/Marx21-Sekte deckt. Ich nenne weitere genaue Beispiele der Hasspropaganda dieser Gruppe. Zunächst einmal wird das Existenzrecht Israels und damit das Existenzrecht von Juden im eigenen Staat von Linksruck/Marx21 kollektiv bestritten:

„Aber Israel ist ein Unterdrückerstaat. Deshalb bedeutet Anerkennung Israels zugleich Aufrechterhaltung der permanenten Kriegssituation ...“¹

Außerdem äußert man sich positiv über Terroranschläge:

„Viele Palästinenser würden es vorziehen, mit Panzergranaten und Boden-Luft-Raketen die israelischen Mordinstrumente zu zerstören. Solange das nicht möglich ist, werden sie sich nur mit Terroranschlägen wehren.“²

Die Hamas verübt also „nur“ Terroranschläge, weil sie sich für einen Krieg noch nicht ausreichend bewaffnet hat und das findet Linksruck/Marx21 auch noch gut. Da ist dann auch kein Wort mehr darüber, dass diese Terroranschläge sich fast ausschließlich gegen Zivilisten richten, die in Bussen oder Restaurants von Selbstmordattentätern in die Luft gesprengt werden und natürlich auch kein Wort über den fanatischen Judenhass den die geistigen Führer der Islamisten täglich säen. Vielleicht soll Israel der Hamas auch noch dankbar dafür sein, dass seine Bürger „nur“ von Terror und nicht von Krieg betroffen sind?

Weiterhin bezeichnet Marx21 den islamistischen Terror von Hamas und Hisbollah als legitimen Widerstand und sieht ihn geradezu als geboten an.

„Hamas und Hisbollah sind Teil dieses rechtmäßigen palästinensischen Widerstands. Wer Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit im Nahen Osten will, muss den Widerstand der Palästinenser unterstützen.“³

Es wird sich auch generell mit dem militanten Islam solidarisiert. Die ideologische

1 Zit. nach: Jörg Fischer: Bedingungslos für die Hamas?, Jüdische Zeitung im März 2007, online unter: <http://www.j-zeit.de/archiv/artikel.66.html>

2 Zit. nach: Jörg Fischer: Bedingungslos für die Hamas?, Jüdische Zeitung im März 2007, online unter: <http://www.j-zeit.de/archiv/artikel.66.html>

3 Linksruck Nr. 221 vom 19.07.2006, online unter: http://www.sozialismus-von-unten.de/lr/artikel_1890.html

Schnittmenge zwischen Linksruck/Marx21 und den militanten Islamisten ist der Antiimperialismus.

„Der militante Islam liegt richtig, wenn er den westliche Imperialismus und sein Werkzeug im Mittleren Osten, den Zionismus, als Feind benennt. Er liegt richtig, wenn er einen ausgeweiteten Kampf gegen diesen Feind fordert.“⁴

Es ist also richtig, wenn Islamisten aus rassistischem Hass Juden töten? Linksruck/Marx21 sieht es geradezu als Notwendigkeit an, um den Imperialismus zu besiegen. Das ist schon eine menschenverachtende Haltung zu den Selbstmordanschlägen in Israel. In dieser selbstgestrickten Ideologie ist das aber nachvollziehbar, denn im Kampf gegen den Kapitalismus und gegen den Imperialismus ist alles erlaubt. Wer da kämpft für das Recht, ja der hat auch immer recht. Zwar will der Islamismus die jetzige Weltordnung durch einen weltweiten totalitären Gottesstaat ersetzen, aber Linksruck/Marx21 hofft wohl im Falle des Falles dies mit den Islamisten noch ausdiskutieren zu dürfen und ihnen ihre vulgärmarxistische Eigenkreation als Alternative vorzustellen, wenn man erstmal gemeinsam auf den Trümmern des Kapitalismus und des Imperialismus tanzt.

Natürlich sind für Linksruck/Marx21 die israelischen Juden auch selbst schuld daran, dass sie angegriffen werden, denn:

„Dieser Mißbrauch des Holocaust für Propagandazwecke im Interesse des Staates Israel und der USA behindert zunehmend den nötigen Kampf gegen alle Formen des Rassismus.“⁵

Da ist sie wieder, die These der zionistischen Weltverschwörung. Die US-Regierung unterwandert von „Zionisten“, die den Holocaust missbrauchen. Und weil die Israelis den Holocaust missbrauchen sind sie selbst schuld daran, dass die Hamas sie mit Raketen beschießt? Nicht der Rassismus der Hamas ist also für die Linksruck/Marx21-Sekte das Problem, sondern dass Juden in Israel sich anmaßen angesichts der antisemitischen Drohungen des iranischen Präsidenten und des rassistischen Terrors, der sie trifft auf den Holocaust hinzuweisen und ihre Angst der Weltbevölkerung auszudrücken. Ein typisches antisemitisches Ressentiment.

Auch SAG-Altkader Stefanie Haenisch macht in ihrem Artikel „Schafft zwei, drei ... viele Vietnam“ deutlich wohin die Reise der Linken ihrer Meinung nach gehen soll. Unter der Überschrift „Solidarität ohne Bedingungen“ orakelt sie:

„Als Linke sollten wir an der Solidarität mit Bewegungen festhalten, die den Imperialismus der großen Kapitalismen schwächen – ohne Bedingungen zu stellen, wie diese Bewegungen zu sein hätten. Auch eine nicht-sozialistische, aber anti-imperialistische nationale Befreiungsbewegung kann den weltweiten, neoliberalen Kapitalismus schwächen und so die Kampfbedingungen der sozialen Bewegungen in den Metropolen gegen die Angriffe der großen Konzerne und ihrer Regierungen verbessern.“⁶

4 Sozialismus von Unten Nr. 5 vom Winter 2000/2001: Die neue Intifada, online unter: <http://www.sozialismus-von-unten.de/archiv/svu5/neueintifada.htm>

5 Volkhard Mosler: Israels Politik ist rassistisch, in: Linksruck Nr. 176 vom 28.04.2004, online unter: http://www.linksruck.de/artikel_872.html

6 Marwa Al-Radwany/Stephanie Haenisch: Schafft zwei, drei... viele Vietnam!, online unter: <http://marx21.de/content/view/377/36/>

Das heißt im Klartext: Ob Kommunisten, Islamisten, Faschisten oder sonstige reaktionäre Kräfte, wer gegen den Kapitalismus und Imperialismus ist, den gilt es zu unterstützen. Mit dem soll man sich verbrüdern. Eine widerliche Querfront-Argumentation einer Verrückten mag man meinen, man sollte das aber nicht unterschätzen, gilt sie doch innerhalb der Linksruck/Marx21-Sekte als kämpferisches Vorbild. Natürlich wäre das als einzelne Aussage nur noch peinlich, wenn Linksruck/Marx21-Anhänger nicht alle ohne eigenes Denken ideologisch völlig gleich geschaltet wären und deshalb diesem Wahnsinn auch noch kollektiv folgen.

Frau Haenisch wird aber noch eindeutiger, ruft zum bewaffnetem Kampf auf und will alle Linken darauf verpflichten:

„Konkret: Linke sollten entschieden und deutlich dafür eintreten, dass der Widerstand gegen die Besatzer im Irak und in Afghanistan, auch der bewaffnete, ein berechtigter Widerstand ist, selbst wenn er von politischen Kräften organisiert wird, die islamistische Ideologien vertreten.“⁷

Mit Frieden hat das sehr wenig zu tun, es legt eher die ideologischen Gemeinsamkeiten zwischen Linksruck/Marx21 und gewalttätigen Islamisten zu Tage und zeigt das totalitäre Weltbild von beiden Gruppen. Islamismus, Faschismus und Stalinismus sind gleichermaßen reaktionäre, antidemokratische und menschenverachtende Ideologien. Ich denke: Wer Islamisten derart unterstützt ist antidemokratisch.

Dass man sich seines Handelns völlig bewusst ist, wird dann in diesem Artikel auch noch deutlich gesagt. Man weiß also, mit wem man sich da einlassen will, tut es aber dennoch aus borniertem Festhalten an toten ideologischen Positionen – die weitestgehend selbst gestrickt sind - und aus einer aggressiven Grundhaltung gegen „den Westen“, die schon die Form eines absurden Selbsthasses angenommen hat.

Gut, Verrückte gibt es über all, sollte man meinen. Bedauerlich ist jedoch, dass solche Leute zunehmend nicht unwichtige Funktionen in Partei und Fraktion übernehmen.⁸ Jedem sollte klar sein, dass Linksruck/Marx21 sich mit alldem auf der gleichen Argumentationslinie mit Neofaschisten und Islamisten befindet, die ebenfalls gegen Israel hetzen, und zwar deshalb, weil sie ebenso wie Linksruck/Marx21 gegen die Freiheit und gegen die Demokratie sind.

Gemeinsam ist all diesen antisemitischen Argumentationen, dass immer versucht wird zu beweisen, dass der Staat Israel ahistorisch sei und nicht in den arabischen Kulturkreis passe, ein Unterdrückerstaat und Terrorstaat wäre, der allein verantwortlich ist für alle Gewalt im Nahen Osten, dessen Präsenz allein Provokation genug ist, es zu attackieren. Die Holocaust-Leugnung ist dabei nur noch ein spezifisches Merkmal von „orthodoxen“ Nazis. In der Neonazi-Szene findet man Argumentationen, die mit denen der Linksruck/Marx21-Sekte weitestgehend identisch sind und ebenfalls auf eine Verbindung zum Dritten Reich völlig verzichten. Linksruck/Marx21 hat die Holocaust-Leugnung für seine Argumentation auch nicht mehr nötig, wird doch durch einen geschickten ideologischen Dreh der

7 Marwa Al-Radwany/Stephanie Haenisch: Schafft zwei, drei... viele Vietnam!, marx21, online unter: <http://marx21.de/content/view/377/36/>

8 Christoph Seils: Linke: Kommunistische Unterwanderung, Zeit online von 19.02.2008, online unter: <http://www.zeit.de/online/2008/08/linke-dkp-kpf>

Antiimperialismus als Deckmantel für den dahinter verborgenen Antizionismus genutzt, der eine spezifische Form des Antisemitismus nach Auschwitz darstellt.⁹ In der Beurteilung der geschichtlichen Ereignisse im Nahost-Konflikt spielt der Holocaust für Linksruck/Marx21 auch schlichtweg keine Rolle mehr. Es darf doch daran erinnert werden, dass Islamisten und Nationalsozialisten zu Zeiten des Dritten Reiches bei der Ausrottung von Juden zusammengearbeitet haben, weil sie einen gemeinsamen Feind hatten und haben: die Freiheit und die Demokratie. Man darf ebenso an die ebenso systematische Judenverfolgung und Ermordung während der Zeit des Stalinismus erinnern. Der Antisemitismus ist also ein Kernbestandteil jeder Form totalitärer Herrschaft, ob im Stalinismus, im Faschismus oder im Islamismus.

In diesem Zusammenhang ist es auch nicht verwunderlich, dass Linksruck/Marx21-Mitglieder auch an antisemitischen Demonstrationen teilnehmen, auf denen lauthals „Tod, Tod, Israel“, „Frauenmörder Israel“, „Kindermörder Israel“ und „Intifada bis zum Sieg!“ skandiert wird¹⁰, und auch platter Antiamerikanismus anzufinden ist.

Wer denkt, das wären ja nur Tatsachenbeschreibungen und Vorurteile von Normalmensch, die sich auf Demos in Parolen äußern, der irrt gewaltig. Er soll mir mal ein Beispiel für eine Demonstration in Deutschland nennen, auf der militante Juden zusammen mit US-Amerikanern derartig menschenverachtende Schlachtrufe auf die Palästinenser abgelassen haben, wenn ein Selbstmordattentäter mal wieder unschuldige Zivilisten in Israel ermordet hat. Das sind von Islamisten, Faschisten und Auslandsagenten der Terroristen organisierte Demonstrationen, die die Freiheit in Deutschland missbrauchen, um rassistische Ideologien zu verbreiten. Mit ihrer totalitären antisemitischen Hetze passt Linksruck/Marx21 auch sehr gut in diese dubiose Gesellschaft, anstatt in eine linke Partei. Diese Demonstrationen sind der Ort, wo sich Extremisten und Antidemokraten aller Couleur treffen um gegen die Freiheit zu demonstrieren, wie wir sie kennen, um sie durch ihre eigene Freiheit zu ersetzen, jeder für seine, aber alle mit dem gleichen Feindbild.

Im aktuellen Gaza-Konflikt war in Deutschland wieder ein verstärktes Auftreten antisemitischer Einstellungen zu verzeichnen. Es fanden verstärkt Hass-Demonstrationen statt, an denen sich neben Linksruck/Marx21 auch Neofaschisten und Islamisten beteiligt haben. So hat das Sektenmitglied Irgard Wurdack in der Bezirksvorstandssitzung zur Teilnahme an mehreren antisemitisch ausgerichteten Demonstrationen aufgerufen und zusammen mit dem Islamisten und Geschichtsrevisionisten Nabil Rachid¹¹ in Zusammenarbeit mit der angeblich für Menschenrechte stehenden „Palästinensischen Gesellschaft für Menschenrechte und Rückkehrrecht Deutschland e.V.“¹² auch schon ebensolche Demos organisiert.

Meine Behauptung bleibt deshalb: Die Mehrheit des Bezirksverbandes der LINKEN Neukölln

9 Vgl. dazu: Daniel Kilpert: Antisemitismus von Links, Bundeszentrale für politische Bildung vom 28.11.2006, online unter: http://www.bpb.de/themen/MTM8K3.0.0.Antisemitismus_von_links.html – oder auch: Stephan Grigat: Links und gegen Juden? Antisemitismus und Antizionismus in der österreichischen Linken, online unter: <http://ldn-knigi.lib.ru/JUDAICA/SGrigat-Links.htm>

10 Siehe dazu eine Videoaufzeichnung, online unter: <http://www.youtube.com/watch?v=EY5titkMdJ8&NR=1>

11 Siehe dazu die Stellungnahme von Nabil Rachid, online unter: <http://www.nabil-rachid.de/stellungnahme.html>

12 Man schaue sich nur die einseitige Stimmungsmache gegen Israel an, was auch der einzige Themenschwerpunkt des Vereins ist, online unter: <http://pgmmenschenrechte.jeeran.com/palestine.html> - Mit Universalität von Menschenrechten hat dies sehr wenig zu tun.

besteht aus einem totalitären antisemitischen Mob Namens Marx21, der in einer demokratischen Partei nichts verloren hat, und schon gar nicht in Parlamenten. Ein antisemitischer Störtrupp, der langjährig engagierten Mitgliedern Zeit und Nerven raubt und sie daran hindert wirkungsvolle, verantwortungsvolle und emanzipatorische linke Politik zu machen.

Es geht Linksruck/Marx21 auch nicht primär um das Wohl der Bevölkerung, die sie so gerne zu vertreten angeben. Sie träumen einzig und allein von einer elitären Linken und scheren sich in Wahrheit einen Dreck um das Anliegen der einfachen Menschen, denn ihr einziges Ziel ist die Durchsetzung der eigenen verquerten Ideologie.

Ich bleibe dabei: Eine demokratische Partei muss sich von Personen und Gruppierungen trennen, die auf diese Weise gegen die Freiheit und gegen die Demokratie agitieren und agieren. Was Linksruck/Marx21 treibt ist nicht links, sondern eine „neue“ Form des „Links“faschismus.

„Nicht mit der Linken.“ ist keine klare Koalitionsaussage – Steinmeier soll Farbe bekennen!

„Nicht mit der Linken.“ ist keine klare Koalitionsaussage – Steinmeier soll Farbe bekennen!

Michael Frank, 03. September 2009 www.michael-frank.eu

Für mich ist es keine klare Koalitionsaussage, zu sagen, dass man mit der Linken nicht koalitiert. Wer sozialdemokratischer Kanzler werden will, der muss genau sagen wofür er steht. Entweder man strebt eine Große Koalition unter SPD-Führung an, oder man will eine Ampelkoalition oder eben man will auf Bundesebene ein Linksbündnis anstreben. Wer Kanzler werden will, muss sich entscheiden!

Einige Mitglieder sprachen mich darauf an, dass es doch Unsinn sei Oskar Lafontaine schlechtzureden. Da muss ich zustimmen. Ich will auch Oskar Lafontaine nicht schlechtreden. Ich denke er will ebenso wie Franz Müntefering und Frank-Walter Steinmeier mit seinem politischen Engagement nur den Menschen helfen. Sein Herz schlägt halt links. Dafür habe ich volles Verständnis. Er ist auch alles andere als ein Schwachkopf. Für mich bleibt er ein Sozialdemokrat. Ich glaube ihm, dass es für ihn politische Gründe gab, die SPD zu verlassen. Wer allerdings als Bundesvorsitzender der SPD einfach so hinschmeißt und dann jahrelang gegen die Partei zu Felde zieht, der er seine gesamte politische Laufbahn zu verdanken hat, der darf auch etwas Kritik vertragen. Wer von der SPD-Basis einmal zum Vorsitz gewählt wurde, der hat die Pflicht solange weiterzumachen, bis er wieder abgewählt wird.

Aber: Wahlkampf ist Wahlkampf, da gehts zur Sache, das war nie anders und wird nie anders sein. Entscheidend ist, welchen politischen Kurs die SPD-Basis einschlagen möchte.

Oskar Lafontaine hatte doch das Mandat der gesamten SPD um gegen den Alleingang von Gerhard Schröder zu opponieren. Die Fraktion hat sich immer noch an die Beschlüsse des Parteitags zu halten. Durch seinen Abgang hat er der Regierung und der Fraktion nicht geschadet. Er hat aber die gesamte Basis im Stich gelassen. Deshalb kamen doch erst die Debatten auf. Was er durch seinen Abgang allerdings bewirkt hat, war aber immerhin, dass man in der SPD überhaupt mal wieder über neue Themen diskutierte und in der Pflicht war zu handeln und sich auch zu öffnen.

Es ist ohne Zweifel richtig, dass Schröder in die neoliberale Mitte gewandert ist. Was Oskar Lafontaine betrifft, war ich als ich noch in der PDS war froh, dass er zu uns gestoßen ist. Mittlerweile sehe ich aber, dass er in der Linken als Bundesvorsitzender nur Fundamentalopposition betreibt und die Pragmatiker an die Wand drückt. Das ist nicht die Entwicklung die dort viele Mitglieder erwartet haben. Da ist mir ein Parteivorsitzender der behutsam ist mit Versprechungen allemal lieber, als einer der nur radikale Propaganda betreibt und pragmatische Leute vertreibt. Ich denke hier hat Herbert Wehner recht behalten: Diese Art von Provokation lockt schließlich nur die reaktionärsten Kräfte hervor, die es überhaupt gibt. Das sind eben alle Linkssektierer, die jetzt versuchen die Linkspartei zu unterwandern.

Steinmeier hat die Partei hinter sich und ist der legitime Kanzlerkandidat, den ich unterstütze. Ich habe da schon Vertrauen in ihn. Das heißt aber nicht, dass man deshalb inhaltlich mit allem übereinstimmen muss. Und ein „Führer“ ist er natürlich nicht. Die SPD ist ja eine demokratische Partei.

„Nicht mit der Linken.“ ist keine klare Koalitionsaussage – Steinmeier soll Farbe bekennen!

Ohne Zweifel muss sich die SPD neuen politischen Vorschlägen öffnen. Dazu zählt meines Erachtens ganz klar die Abschaffung des Ehegattensplittings oder die Einführung der Vermögenssteuer. Mit diesen Einnahmen könnte man die Steuern für Geringverdiener senken und beispielsweise einen Freibetrag von 25.000,- Euro festsetzen. Auch Verbesserungen bei Hartz4 und eine Bürgerversicherung wären ein Fortschritt.

Einen solchen Politikwechsel kann man in der SPD gerne anstreben. Was die Funktionäre betrifft, so ist doch immer noch klar, dass sie von der Basis legitimiert werden müssen. Insofern kann man in der SPD jederzeit für andere Mehrheiten werben, indem man Mitglied wird und seine Auffassungen artikuliert. Desto mehr Mitglieder für Veränderung stehen, desto schneller agieren dann auch die Funktionäre.

Die Realitäten haben gezeigt: Die SPD kann mit den Grünen regieren. Diese Partei hat sich mit Fokussierung auf bestimmte Kernthemen etabliert. Teilweise haben sie sich zu liberalen Gedanken hin entwickelt. Eine große Volkspartei wie die SPD kann sich nicht darauf beschränken nur in wenigen Teilbereichen aktiv zu sein, sie kann aber wohl die Fachkompetenz dieser Leute z.B. in der Umweltpolitik nutzen. Ebenso könnte das mit der Linken sein. Hier gibt es eine Reihe von Ansätzen, die konsensfähig sind und auch neue Vorschläge, die es allemal wert sind im Bundestag vertreten zu sein.

Mit den Grünen war eine Koalition am Anfang auch nicht einfach. Mit der Linksfraktion wäre dies für viele ältere SPD-Genossen sicher ein Problem. Man muss aber sehen, dass die Welt sich ändert. Im Bundestag gibt es jetzt bereits eine linke Mehrheit. Auf der Liste der Linken werden sich Leute finden, die Positionen vertreten, die für einige SPD-Abgeordnete untragbar sind. Auf der anderen Seite ist das aber auch der Fall. Ich frage mich: Wenn diese Leute es nicht schaffen Deutschland zu regieren, wer dann?

Je schneller diese Regierung kippt und Frau Merkel abgelöst wird, desto besser werden die Lebensumstände der Menschen. Wenn Steinmeier bereit ist eine definitive Koalitionsaussage für rot-rot-grün zu treffen ist er der nächste Kanzler, ansonsten ist er Geschichte.

Rot-Rot-Grün ist meines Erachtens die einzige Option für eine Regierung, die soziale Gerechtigkeit umsetzen kann und will. Deshalb sollte der Kanzlerkandidat Steinmeier Farbe bekennen für eine solche Koalition.

Rot-Rot-Grün im Bund ist möglich!

Michael Frank, 03. September 2009 www.michael-frank.eu

Natürlich ist mir bewusst, dass nicht alle Sozialdemokraten für rot-rot-grün sind. Wer die Mehrheit für seine Politik hat entscheidet. In Rheinland-Pfalz ist es offenbar möglich mit der FDP als Junior-Partner sozialdemokratische Ziele umzusetzen. Eine Volkspartei wie die SPD muss prinzipiell mit allen Demokraten koalieren können. Auf der anderen Seite muss eine solche Koalition mit den „Liberalen“ auf Bundesebene jedem Sozialdemokraten doch das Herz bluten lassen, bei den unsozialen Vorschlägen und dem Populismus des FDP-Chefs Westerwelle.

Die SPD ist ohne Zweifel die älteste Partei mit der längsten demokratischen Tradition, deren Wurzeln in der Aufklärung und im Humanismus zu suchen sind. Sie hat mit Otto Wels an der Spitze dem Faschismus die Stirn geboten. Im Dritten Reich wurden Sozialdemokraten ebenso wie Kommunisten verfolgt. Unter der Diktatur des Kommunismus wurden massenhaft Sozialdemokraten verfolgt, bedroht und umgebracht, nur weil sie anderer Meinung waren. Diese Schuld ist nicht wieder gut zu machen.

Ich sehe niemanden als ewig gestrig, der auf die Verbrechen der SED hinweist. Ich halte das für völlig gerechtfertigt. Von der DKP und der MLPD halte ich nichts. Das sind Ideologen. Der Kommunismus ist für immer tot! Als Ideologie und als Bewegung. Wer etwas anderes behauptet ist für mich ewig gestrig. Aber die Welt ändert sich. Die Linkspartei ist keine kommunistische Partei mehr. Sie hat einen Haufen von Unterwanderungstendenzen von kommunistischen Kadern und auch einige Alt-Ideologen. Diese Sekten stellen aber nicht mehr die zahlenmäßige Mehrheit. Die demokratischen Strömungen wie Forum Demokratischer Sozialismus, Emanzipatorische Linke oder das Netzwerk Reformlinke haben kein kommunistisches Dogma und sind alle pluralistisch organisiert. Die Reformer der Partei sind Menschewiki. Sie setzen sich hauptsächlich aus jungen Leuten zusammen, die mit dem Alter angebrachten ungestüm Politik betreiben und dabei nicht weit entfernt von sozialdemokratischen Werten sind. Geschichtsaufarbeitung wird von der Führung seit Jahren verordnet. Die Reformer haben mit den alten Hardlinern keine Gemeinsamkeit und es ist eine Tatsache, dass es heute die alten SED-Kader sind, die junge Leute vor den kommunistischen Sekten warnen. In ein paar Jahren werden die Delegiertenschlüssel auf dem Bundesparteitag sich so geändert haben, dass die Reformer wieder die Mehrheit haben. Das wird dann auch so bleiben. Dann wird die Linkspartei sich völlig auf revisionistischen Kurs bewegen. Daran habe ich keinen Zweifel.

Ich denke noch viel weiter: In der Sozialdemokratie gibt es bisher drei große Strömungen, neben einigen kleineren Zirkeln. Die Seeheimer, die Netzwerker und die Linken. Daran habe ich nichts auszusetzen. Sie haben teilweise erhebliche ideologische und inhaltliche Meinungsunterschiede, die man aber dennoch aushält. In der Linkspartei haben die menschewistischen Reformer ein neues Dogma aufgestellt und sich damit vom Stalinismus für immer verabschiedet: Sie stehen für demokratischen Sozialismus, als Bewegung, Ziel und Wertesystem, ebenso wie die meisten Jusos. Dieses ideologische Konstrukt des demokratischen Sozialismus wird als eine Verbindung zwischen Freiheit und sozialer Gleichheit gesehen. Das deckt sich mit dem Parteiprogramm der SPD und entspricht einer humanistischen Tradition.

Wenn die Sozialdemokratie bereit wäre, dieses Dogma zu tolerieren, die alten SED-Leute zu rehabilitieren und eine weitere innerparteiliche Strömung mit einem solchen Anspruch an demokratischen Sozialismus zuzulassen, könnte dies nichts Geringeres als die Wiedervereinigung der Arbeiterbewegung unter dem Banner der SPD sein. Auf diese Weise könnte man die alten Kommunisten marginalisieren und in die DKP treiben. Ich habe keinen Zweifel daran: Wenn man es schafft, dass die sozialistischen Jusos zusammen mit den Reformern der Linkspartei in Ostdeutschland die „sozialistische Einheitsfront“ propagieren, könnte man eine neue Strömung in der Sozialdemokratie etablieren und die SPD könnte zu alter Stärke finden. Diese Strömung müsste natürlich die anderen drei Strömungen auch anerkennen. Die alten Bolschewisten würden dabei ohnehin nicht mitmachen. Denn: Da sie kommunistische Doktrinisten sind, die am Modell einer Avantgarde-Partei festhalten wollen, werden sie behaupten, dass ihre Avantgarde, d.h. die menschwistische Reformer, die sie als solche ansehen, sie verraten hat. Sie werden sich eine neue Avantgarde suchen. Vermutlich die DKP oder die MLPD, die ja nach den Prinzipien des demokratischen Zentralismus organisiert sind. Auf diese Weise wären die Dogmen des Kommunismus für immer weg und die Arbeiterbewegung wieder vereint. Eine höhere Form der Einheitsfront kann es nicht geben. Bei einem solchen Vorhaben käme es aber auf die nötige Diskretion und das richtige Timing und genaue Absprachen an.

Überlegungen zu den Landtagswahlen im Saarland, Thüringen und Sachsen

Michael Frank, 03. September 2009 www.michael-frank.eu

Am 30. August 2009 sind im Saarland und auch in Thüringen und Sachsen Landtagswahlen. Hier haben sich Umfragen zufolge die Mehrheitsverhältnisse teilweise verschoben. Ich möchte kurz darstellen welche Perspektiven sich dadurch für sozialdemokratische Politik ergeben und eine Empfehlung für mögliche Handlungsoptionen geben.

Betrachten wir zunächst das Saarland. Hier steht laut Umfragen der Forschungsgruppe Wahlen vom 21.08.2009 die CDU bei 36 % und die FDP bei 9 %, zusammen 45 %. SPD (26 %), Grüne (6 %) und Linke (16 %) kämen zusammen jedoch auf 48% und wären somit in der Mehrheit. Weitere Parteien werden vermutlich nicht in den Landtag einziehen.

Es bleibt festzuhalten, dass die CDU hier massiv Rückhalt verloren hat, aufgrund einer Politik die nicht den Menschen dient. Vergleicht man die Ergebnisse mit der letzten Landtagswahl (47,5 %), so lässt sich ein Stimmenrückgang von 11,5% konstatieren. Die SPD hat sich hier durchaus stabil gehalten, aber dennoch 4 % im Vergleich zur letzten Landtagswahl (30%) eingebüßt. Oskar Lafontaine hat es im Saarland geschafft die Linke aus der politischen Bedeutungslosigkeit hin zu dauerhaft zweistelligen Ergebnissen zu führen. Mit 16 %+X dürften in jedem Falle zu rechnen sein. Der erste Sturm scheint sich jedoch für die Linkspartei gelegt zu haben, denn vor einem Jahr stand man in den Umfragen noch bei 24%. Die Bürger scheinen verstanden zu haben, dass es in der Linken wie in anderen Parteien auch Menschen gibt, die unrealistische Versprechungen machen.

Die beiden Spitzenkandidaten Heiko Maas und Oskar Lafontaine kennen sich gut und scheinen durchaus trotz der parteipolitischen Konkurrenz einen fairen Umgang zu pflegen. In einigen Wahlkreisen gibt es Koalitionen zwischen Linkspartei und CDU. Eine rote Socken-Kampagne kann sich die Saar-CDU demnach nicht leisten und bei den Inhalten wirkt Ministerpräsident Müller eher blass.

Fakt ist: Durch die Anwesenheit der Linken wurde die Hegemonie der CDU im Saarland gebrochen. Der Sozialdemokratie hat dies hier nur partiell geschadet. Die seit 1999 stramme CDU-Mehrheit ist demnach auf längere Zeit weg.

Schaut man sich die Tätigkeit von der von den Grünen zur Linken übergetretenen Abgeordneten Barbara Spaniol im Landtag an, so stellt man schnell fest, dass sie viele sozialdemokratische Programmpunkte artikuliert hat, die offenbar auch von den Grünen geteilt werden. Auch die Landes-Liste der Linken im Saarland ist mit Leuten besetzt die sehr moderat sind und bereits einige politische Erfahrung haben. Hier kann man sicher nicht behaupten, dass es sich um Extremisten handelt. Mehrheiten für rot-rot-grün sind absehbar. Was spricht gegen eine solche Zusammenarbeit? Eigentlich Nichts.

Aus meiner Sicht bleibt es zu hoffen, dass die beteiligten Akteure in den Fraktionen im saarländischen Landtag zu einer Zusammenarbeit finden, denn es spricht grundsätzlich nichts gegen ein rot-rot-grünes Bündnis, außer dass das der CDU nicht gefällt. Im Gegenteil: Eine

solche Koalition könnte einen politischen Wechsel dokumentieren und wichtige Akzente setzen: Sie könnte die Studiengebühren abschaffen, sonst deutlich mehr im Bildungsbereich tun und einige Gemeinschaftsschulen einführen. Nach dem Vorbild von rot-rot in Berlin könnten soziale Leistungen durch die öffentliche Hand ausgeweitet und öffentliche Unternehmen stabilisiert und ausgebaut werden. Und nicht zuletzt wäre der Einfluss im Bundesrat nicht zu unterschätzen.

Mit Heiko Maas als Ministerpräsident und möglicherweise Oskar Lafontaine im Kabinett. Das wäre durchaus vorstellbar. Eine solche Regierung scheint offenbar den Umfragen nach dem Wählerwillen zu entsprechen und es gibt grundsätzlich keinen Grund ein solches Bündnis nicht auch anzustreben, wenn eine klare Mehrheit dafür da ist.

Kommen wir zum Bundesland Thüringen. Auch hier sehen die Umfragen eine mögliche rot-rot-grüne Koalition mit 48% in der Mehrheit vor CDU (35 %)/FDP (10%) mit 45%

Die SPD hat es hier nur mühsam geschafft sich zu etablieren und steht bei 18 %. Für DIE LINKE. ist Thüringen mit 25% eine absolute Hochburg, die seit Jahren stabil ist. Die Grünen sind mit Engagement mit Sicherheit über der 5%-Hürde. Ein pikantes Detail ist jedoch: Hier müsste die SPD eine Junior-Koalition mit der Linken eingehen um an einer Regierung beteiligt zu sein und müsste den demokratischen Gepflogenheiten nach ebenso wie die Grünen einen Linken zum Ministerpräsidenten wählen. Diese Tatsache birgt bundespolitischen Sprengstoff für die Große Koalition.

Es sollte jedoch klar sein: Wenn eine demokratische Mehrheit dies so entscheidet, dann sollte die Sozialdemokratie hier aus Gründen der Glaubwürdigkeit ihre Koalitionsentscheidung von inhaltlichen Programmpunkten abhängig machen und nicht von Zahlenspielen

Die Linke in Thüringen ist ebenso wie die SPD durchaus personell gut aufgestellt. Es gibt haufenweise programmatische Schnittpunkte. Radikale sind hier genauso in der Minderheit wie in der SPD auch, im übrigen tummeln sich die meisten extremistischen Sektierer in der Linken ohnehin jetzt in Hessen und NRW, weil sie aufgrund der geringen Mitgliederzahl nur noch dort ernsthaft Mehrheiten organisieren und die Mandate besetzen können.

Christoph Matschie betreibt Politik mit viel persönlichem Engagement und Leidenschaft und wäre ein guter Ministerpräsident für Thüringen. Der Kandidat der Linken ist aber auch kein Extremist, sondern ein Demokrat. Diese Entscheidung muss der Wähler treffen. Im Falle des Falles muss die Sozialdemokratie hier einfach über den historischen und ideologischen Schatten springen und den Wählerwillen respektieren und nicht aus bundespolitischen Erwägungen ihre eigenen landespolitischen Ziele aufgeben, denn genau das ist es, was die Misere der Ost-SPD speziell in Thüringen und Sachsen ausmacht.

Wer sich in der großen Koalition im Bund von Frau Merkel einspannen lässt, der sollte eine Zusammenarbeit mit der Linken in Thüringen allemal prüfen. Klar ist: Wer einen politischen Wechsel will, der muss auch zu Kompromissen bereit sein, das gilt sowohl für die Linke als auch für die SPD. Als permanenter Juniorpartner der CDU hat die Ost-SPD ohnehin keine dauerhafte Perspektive, weil mit dieser Bremser-Partei zu viele Inhalte einfach nicht umgesetzt werden können. Berlin und Mecklenburg-Vorpommern haben vorgemacht, dass rot-rote Bündnisse mit stabilen Mehrheiten für eine fortschrittsorientierte Politik sorgen

können. Rot-rot-grün in Thüringen könnte das auch.

In Sachsen zeigt sich ein gänzlich anderes Bild: Hier ist eine absolute Hochburg der CDU, die in den letzten Umfragen bei 42 % steht. Die FDP liegt hier im Aufwind bei 11 %. Die Grünen liegen hier bei 6 % und sind somit relativ sicher im Landtag. Die SPD jedoch ist hier mit 11% wirklich nicht zu beneiden. Als Partei der Mitte ist sie in Sachsen offenbar über lange Zeit nicht ausreichend erfolgreich gewesen. Die SPD hatte seit 1990 bei Wahlen nie mehr als 19,1%. Folglich muss die SPD in den ostdeutschen Bundesländern einen völlig neuen politischen Ansatz wagen und aus den Misserfolgen Lehren ziehen. Die Programminhalte sind hier durchaus gut, nur scheint die Kommunikation zur Wählerschaft das Problem zu sein. Wenn die SPD sich aber kompromissbereit zur Koalition in Thüringen zeigt und in Sachsen ihr Profil in den nächsten Jahren schärft, sind auch hier bis zur nächsten Landtagswahl linke Mehrheiten erreichbar. Jedoch setzt dies die Bereitschaft zum Umdenken voraus!

Besonders unangenehm ist, dass offenbar auch die faschistische NPD wieder in den sächsischen Landtag einzieht. Das muss bis zum Wahltag unbedingt noch verhindert werden. Dazu haben alle demokratischen Parteien die Pflicht. Ein Verbot der NPD sollte man daher auch weiterhin ernsthaft in Betracht ziehen.

Fazit: Linke Bündnisse auf Länderebene sind im Saarland und in Thüringen greifbar nahe. Sie wären für die Menschen in Bezug auf viele Politikbereiche die wesentlich bessere Alternative. Durch eine solche Zusammenarbeit in diesen beiden Ländern könnte man auch im Bundesrat für andere Mehrheiten sorgen und der bremsenden Kanzlerin Druck machen.

In Sachsen schaffte es die SPD bisher noch nicht sich aus der Isolation zu befreien. Der sächsische Landesverband ist also derjenige, der die meiste Unterstützung von der Bundesebene benötigt. Inhaltlich hat die SPD hier sehr viel zu bieten und keinen Grund sich zu verstecken. Neue Perspektiven für sozialdemokratische Politik setzen hier jedoch einen politischen Kurswechsel in Ost-Deutschland voraus.

Wenn man die Mehrheit hat, sollte man sie nutzen!

Michael Frank, 03. September 2009 www.michael-frank.eu

Die SPD hat nicht allein die Mehrheit. Aber möglicherweise in einer Konstellation mit den Grünen und der Linken. Diese Mehrheit bestünde ja schon derzeit im Bundestag.

Dass eine linke Kraft neben der SPD entsteht, dafür habe ich mich mein Leben lang eingesetzt. Dennoch kann ich den Kurs von Oskar Lafontaine nicht unterstützen. Wie sich die Linke entwickeln wird, wird die Zukunft zeigen, ich sehe erhebliches Potential in dieser Partei, jedoch gibt es auch nicht wenige alte Beton-Köpfe. Grundsätzlich ist für mich die Linke die angenehmere Konkurrenz zu CDU und FDP. In Ost-Deutschland ist die Linke eine Volkspartei. Auch ein Zusammengehen beider Parteien könnte man sich hier vorstellen, zumindest was die Positionen der Führungen betrifft und die vielen Schnittmengen in den Programmen.

Man muss sehen, dass die SPD hier offenbar viele Wähler nicht erreicht hat. Dennoch gäbe es mit rot-roten Bündnissen in Ostdeutschland absolute Mehrheiten. Das sind einfach Realitäten.

Was die Perspektive für Regierungsbeteiligungen im Bund angeht ist schon klar, dass dies auch 2009 geschehen könnte, wenn der Kanzlerkandidat dies nicht von vornherein ausschließen würde. Die Linksfraktion im Bundestag ist schon von Demokraten besetzt. Wer etwas anderes behauptet, ist ein Verräter der Sozialdemokratie und der gesamten Arbeiterbewegung.

Wenn Rot-Rot-Grün eine Mehrheit hat, sollte man sie auch nutzen. Dies setzt in jedem Falle aber absolute Kompromissbereitschaft aller Akteure voraus.

Was die SPD (noch) falsch macht ist klar: Alle anderen Parteien suchen sich ihre Mehrheiten um ihre Politik durchzusetzen. Die SPD jedoch macht keine klare Aussage, was sie will. Meines Erachtens ist das ein Fehler. Es sollte eine klare Koalitionsaussage vor der Wahl geben.

Ich stehe zum demokratischen Sozialismus als Bewegung, Ziel und Wertesystem!

Michael Frank, 04. September 2009 www.michael-frank.eu

In meinen ersten Monaten in der SPD habe ich festgestellt, dass es eine Menge solidarischer und aufgeschlossener Mitglieder gibt. Es gibt aber auch nicht wenige Karrieristen, die sich vor allem dadurch auszeichnen, dass sie selten zu sprechen sind, wenn es um inhaltliche Themen geht. Obwohl ich an der Linkspartei einige Kritik habe, muss ich feststellen, dass diese Konkurrenz der SPD sehr gut tut. Mir ist völlig klar geworden was mir in der SPD fehlt und was der SPD insgesamt fehlt: Ein sozialistischer Flügel – links von der Parlamentarischen Linken, der die humanistische Tradition des demokratischen Sozialismus in der Partei eindeutig vertritt.

Deshalb werde ich eine neue Strömung in der Sozialdemokratie aufbauen, die sich diesem humanistischen Erbe verpflichtet fühlt und den demokratischen Sozialismus als Lebenseinstellung vertritt, ebenso wie ein Christ sein Menschenbild vertritt. Ich stehe zum demokratischen Sozialismus als Bewegung, Ziel und Wertesystem!

Bewegung heißt: Jeder kann ein Teil von uns sein, auch ohne uns direkt zu unterstützen. Man kann Teil der Bewegung sein, indem man den Mitmenschen hilft, an politischen Diskussionen oder an Demonstrationen teilnimmt oder sich im und außerhalb des Parlamentes für realistische soziale Vorschläge einsetzt, die die Lebensumstände der Menschen verbessern.

Das gemeinsam verbindende Ziel unserer Bewegung ist die Transformation der bestehenden Gesellschaft hin zu einer Gesellschaft in der Freiheit, Gleichheit und Solidarität als Werte vollständig verwirklicht sind. Die jetzigen gesellschaftlichen Verhältnisse sehen wir als ungerecht an und wollen sie ändern. Für uns ist demokratischer Sozialismus ein immer noch erstrebenswerter Entwurf einer Gesellschaft, die von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität geprägt ist.

Für uns ist der demokratische Sozialismus ein Wertesystem, auf dessen Grundlage wir politisch und menschlich agieren. Wir sehen im Demokratischen Sozialismus die Einheit von Freiheit, Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit. Ehrlichkeit, Bodenständigkeit, Pflichtbewusstsein für den Mitmenschen und solidarisches Verhalten in jeder Lebenssituation – das werden die Tugenden sein, die diese neue Strömung auszeichnen.

Der Stalinismus als System hat den Begriff des Sozialismus in sein Gegenteil verkehrt. Nie wieder soll es einen autoritären Sozialismus geben. Doch das heißt für uns nicht, dass wir auf eine Alternative zum Marktradikalismus und zur Dominanz der Kapital-Interessen verzichten. Wir stehen zur Umverteilung – wir wollen die Einkommens- und Vermögensverhältnisse zugunsten der Armen verändern. Um unserem Ideal ein Stück näher zu kommen, wollen wir ganz konkrete Politikvorschläge dazu erarbeiten, was wir verändern wollen und vor allem wie.

In dieser Strömung wird es Basisdemokratie geben und keinerlei Weisungen. Wir wollen vollständigen Pluralismus erreichen. Es sollte ein quotiertes Führungsduo geben und einen

Ich stehe zum demokratischen Sozialismus als Bewegung, Ziel und Wertesystem!

Sprecherrat, der mindestens zur Hälfte von Frauen besetzt ist. Wir zeigen uns offen für Mitglieder unterschiedlicher Organisationen, die sich zum demokratischen Sozialismus bekennen. Mitglieder von kommunistischen Organisationen werden wir nicht aufnehmen, machen aber im Einzelfall Ausnahmen, wenn sie bereit sind den Avantgarde-Anspruch aufzugeben und ihr kommunistisches Dogma abzulegen. Als Ideologie des Kommunismus sehen wir: Räterepublik, staatlich gelenkte Wirtschaft und den Anspruch ein kollektives Dogma für die gesamte Gesellschaft als allgemein verbindlich erklären zu wollen.

Ich sehe diesen Prozess klar vor Augen: An dieser Strömung werden sich viele Basismitglieder der SPD beteiligen und auch Mitglieder aus anderen Parteien werden dazukommen und einen Diskussionsprozess in Gang setzen, der die SPD mittelfristig enorm zum Positiven verändern wird. Wir sind die wahrhaft revolutionäre Bewegung, denn wir leben unsere Weltanschauung und haben keinen Grund uns weiter von einer neoliberal gewordenen Funktionärs-Elite unserer Partei gängeln zu lassen. Es lebe die sozialistische Einheitsfront!

Ja! Schmiedet die rote Einheitsfront in Thüringen und im Saarland.

Michael Frank, 05. September 2009 www.michael-frank.eu

Nach den Wahlen im Saarland und in Thüringen sind die Ergebnisse klar und deutlich: Schwarz-Gelb ist im Land nicht gewollt! Die Wähler wollen den Wechsel hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit.

In meiner Austrittserklärung aus der Linkspartei habe ich Oskar Lafontaine vorgeworfen, dass die Linkspartei einen roll-back in Richtung Zentralismus nimmt. Für diesen Eindruck gibt es in der Tat einige Belege. Der Unterschied zwischen der KPD unter Thälmann und der heutigen Linkspartei ist jedoch, dass es heute keine Avantgarde mehr in der Partei gibt und sich das Organisationsmodell fast völlig umgekehrt hat. Auf diese Weise trennt sich die Linkspartei von den alten kommunistischen Dogmen und begibt sich auf revisionistischen Kurs.

Auch Ernst Thälmann war ein Mensch, der auf der richtigen Seite stand. Zwar hat sich sein Weg zum Sozialismus als falsch erwiesen, jedoch stand er jederzeit auf der Seite der Werktätigen und Unterdrückten und hat für seine Überzeugung sein Leben lassen müssen. Ebenso wie die damalige SPD-Führung hat er sich gegen den Faschismus gewandt. Auch er wurde von den Nazis 1933 verhaftet und später im KZ ermordet, ebenso wie viele Sozialdemokraten. Ein wichtiges historisches Detail ist auch, dass Ernst Thälmann noch 1933 in Berlin zur Antifaschistischen Aktion aufrief, also zur Einheitsfront von Kommunisten und Sozialdemokraten im Kampf gegen das Hitler-Regime.

Die Einheitsfront-Methode ist so alt wie die Arbeiterbewegung selbst. Sie wurde bisher meist von kommunistischen Parteien angewandt, um die Sozialdemokratie vom revisionistischen Kurs abzubringen. Diese Form der Einheitsfront kann es zwischen SPD und Linke nicht geben, da die Linkspartei heute keine kommunistische Partei mehr ist, sondern eine sozialistische Partei, die jedoch mit kommunistischen Unterwanderungstendenzen zu kämpfen hat. Diese jedoch versuchen die Basisdemokratie in der Partei zu unterminieren und werden in keiner Form von der Führung angeleitet. Sie sind es die am Prinzip des demokratischen Zentralismus festhalten und danach handeln. Die kommunistischen Sekten sind jedoch strukturell in der Minderheit.

In Thüringen und Sachsen gab es bereits im Jahr 1923 einmal Einheitsfrontregierungen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten. Für die Kommunisten war diese Einheitsfrontregierung damals ein erster Schritt zur revolutionären Machteroberung, zur Errichtung einer „Arbeiter- und Bauernregierung“ nach sowjetischem Typ. Da die Linke aber heute eine fast ausschließlich sozialistische Partei ist, die sich weitestgehend auf der Basis der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bewegt und sich zur parlamentarischen Demokratie bekennt, könnte eine solche Einheitsfrontbildung in Ostdeutschland eben gerade den gegenteiligen Prozess unterstützen. Statt sozialistischer Sowjetrepublik – Anerkennung der Demokratie. Dass zwischen SPD und Linken im Osten inhaltlich erhebliche Schnittmengen bestehen ist offensichtlich, nur leider gibt es zu viele Mitglieder, die aus historischen Gründen eine Zusammenarbeit ausschließen. Das muss überwunden werden.

Ja! Schmiedet die rote Einheitsfront in Thüringen und im Saarland.

Diese Tatsache hat bereits den FDP-Generalsekretär Dirk Niebel auf den Plan gerufen. Der Tagesspiegel berichtete am 24.08.2009 die FDP fürchtete bereits den „Marsch zur sozialistischen Einheitsfront“. Ich fürchte solche Regierungen gar nicht und wenn die FDP mit ihrem unsozialen Programm eine Regierung fürchtet, die für soziale Gerechtigkeit steht, dann zeigt das wie falsch ihr Weltbild ist. Dirk Niebel fürchtet die Einheitsfront? Soll er sie doch bekommen!

Als Sozialdemokrat nehme ich mir ein Beispiel an Ernst Thälmann und sage: Ja! Schmiedet die rote Einheitsfront in Thüringen und im Saarland! Ja! Lasst Sozialdemokraten zusammen mit Sozialisten Regierungen bilden. Zunächst in den Ländern, dann im Bund. Lasst das zur Normalität werden, vielleicht sogar mit dem Ziel, dass es irgendwann nur noch eine linke Partei gibt, mit einer Liste in ganz Deutschland. Eine wahre linke Volkspartei mit einer starken sozialistischen Strömung.

Deutschland braucht eine linke Einheitsfront gegen die neoliberalen Bremser-Parteien. In den Programmen von CDU und FDP ist keine ansprechende Lösung für die Probleme unserer Zeit vorhanden. Deutschland braucht rot-rot-grüne Bündnisse getrennt oder gar als vereinte Partei. Nur auf diesem Weg kann man mehr soziale Gerechtigkeit in diesem Land umsetzen.

Ehegattensplitting abschaffen – Individualbesteuerung einführen

Michael Frank, 09. September 2009 www.michael-frank.eu

In der deutschen Geschichte war die Zusammenveranlagung von Ehegatten und das Ehegattensplitting keineswegs immer das herrschende Paradigma in der Steuerpolitik. So gab es zum Beispiel in der Weimarer Republik bereits einmal eine Individualbesteuerung.

Dieses Steuergesetz wurde erst nach Beginn der Nazi-Diktatur im Jahre 1934 fundamental geändert. Dies geschah selbstverständlich aus ideologischen Gründen heraus, wie die Historikerin Annette Kuhn in einem Interview mit dem stern klarstellt: „Die Familienpolitik war von der NS-Ideologie geprägt. Die Aufgabe der arischen Frau war es, biologisch für das Fortbestehen der Herrenmenschen zu sorgen. Diese guten, weil reinrassigen Frauen hatten die Aufgabe, dem System zu dienen. Sie sollten möglichst viele Kinder gebären. Dem Führer ein Kind schenken, wurde das genannt.“¹³ Sie führt weiter fort: „Die Nationalsozialisten sind in einer Zeit an die Macht gekommen, als es eine hohe Arbeitslosigkeit gab. Hitlers Frauen-Ideologie war diesbezüglich Augenwischerei. Mit den Frauen am Herd wollten die Nazis auch den Arbeitsmarkt bereinigen.“¹⁴

Die ungerechte Behandlung von Frauen im Steuerrecht und das Vertreiben der Frauen vom Arbeitsmarkt hatte also Methode. Diese patriarchale Denkweise hat über die NS-Diktatur hinaus auch in der jungen Bundesrepublik Deutschland fortbestanden. „Nach dem Krieg galt in der Bundesrepublik zunächst die von den Nazis 1934 eingeführte zwangsweise Zusammenveranlagung: Wollte eine Frau auch in der Ehe partout nicht von der Erwerbstätigkeit lassen, wurde ihr Gehalt einfach dem des Mannes hinzuaddiert und die Gesamtsumme besteuert. Aufgrund der steuerlichen Progression sei das eine klare Schlechterstellung gegenüber Unverheirateten, urteilte 1957 das Bundesverfassungsgericht und entschied: nicht verfassungskonform.“¹⁵

Dieses Urteil des Bundesverfassungsgerichtes eröffnete dem Gesetzgeber mehrere Perspektiven und konkrete Handlungsoptionen. Es wurde die Möglichkeit dargestellt, den Zustand vor 1934 wieder herzustellen und eine Individualbesteuerung wieder einzuführen. Die Regierung unter Bundeskanzler Adenauer hat den Vorschlag einer Individualbesteuerung jedoch verworfen und sich statt dessen für den Weg entschieden das Splitting „verfassungskonform“ auszugestalten. Ein Steuergesetz, das der patriarchalen Ideologie der NSDAP entsprang wurde somit in geltendes Recht der Bundesrepublik überführt. Dieses Paradigma der Familienpolitik hat im Grundsatz noch heute Bestand, ist eine in Deutschland jahrzehntelange Institution und eine seit 1958 im Grundsatz unangetastete Bastion der männlichen Dominanz und der strukturellen Benachteiligung von Frauen im Steuerrecht.

Das Ehegattensplitting ist Teil von tief sitzenden ideologischen Auseinandersetzungen zwischen

13 Frauenpolitik im Dritten Reich – Dem Führer ein Kind schenken, stern.de, online unter:

<http://www.stern.de/panorama/frauenpolitik-im-dritten-reich-dem-fuehrer-ein-kind-schenken-597357.html>

14 Frauenpolitik im Dritten Reich – Dem Führer ein Kind schenken, stern.de, online unter:

<http://www.stern.de/panorama/frauenpolitik-im-dritten-reich-dem-fuehrer-ein-kind-schenken-597357.html>

15 Nungeßer, Karin: Sagt leise Servus – Was hat eigentlich die bürgerliche Ehe mit Familie zu tun?, freitag vom 11.10.2002, online unter: <http://www.freitag.de/politik/0242-ehegattensplitting>

und innerhalb der Parteien. CDU und CSU wollen mehrheitlich am Splitting festhalten, ebenso wie weite Teile der FDP. Die SPD ist unentschlossen, Linke und Grüne wollen es abschaffen, haben aber unterschiedliche Konzepte.

Das Steuerrecht in seiner jetzigen Form zementiert die ungleiche Verteilung von Erwerbs- und Familienarbeit zwischen Frauen und Männern und verfestigt Abhängigkeiten, weil es einseitig das Modell der Alleinverdiener-Ehe bevorzugt und auf der anderen Seite der Splittingvorteil umso höher wird, desto höher das Einkommen ist. Das Ehegattensplitting stellt den gleichwertigen Doppelverdienst beider Partner steuerrechtlich schlechter als das Familieneinkommen mit Zuverdienst und ist daher weder gerecht noch fortschrittlich.

Der Lebensrealität junger Menschen und Familien wird dieses Modell nicht mehr gerecht. Es hat sich überlebt, weil es einseitig die Ehe als Versorgungsmodell fördert und nicht Familien und Kinder. Der richtige Weg wäre es, Kinder unabhängig von der Form des Zusammenlebens ihrer Eltern zu fördern und Frauen und Männern nicht durch einseitige Bevorzugung in ein bestimmtes Modell zu drängen. Das Ehegattensplitting ist teuer, realitätsfern und sollte dringend durch andere familienpolitische Instrumente ersetzt werden.

Wenn man über das Ehegattensplitting diskutiert, muss man sich also zuerst fragen: Welches Gesellschaftsbild liegt dieser sozial- und familienpolitischen Gesetzgebung zugrunde? Es ist die Förderung der Einverdiener-Ehe. Von Konservativen wird immer wieder die Behauptung aufgestellt, Ehe und Familie könnten nur im Zusammenhang gesehen werden. Das ist absurd und verrät bereits das Gesellschafts- und Frauenbild der Befürworter dieser Position. Selbst wenn man diese Auffassung vertritt, muss man festhalten: es wird zwar die Ehe gefördert, aber nicht das Zusammenleben von Familien, denn der Splittingvorteil ergibt sich unabhängig davon, ob aus der Ehe Kinder hervorgehen oder nicht.

Was könnte man also ändern? Man könnte beispielsweise das Splitting abschaffen, eine Individualbesteuerung einführen und den Steuersatz für diejenigen sehr gering vermindern, die kinderlos verheiratet sind. Damit wäre die Institutionsgarantie der kinderlosen Ehe gesichert, indem jeder der beiden Ehegatten einen geringeren Steuertarif bekommt als Unverheiratete. Leben Menschen mit Kindern oder älteren Menschen zusammen, so könnte sich der Steuersatz aufgrund der besonderen Aufgaben und Belastung noch mehr verringern. Alleinerziehende sollten einen noch günstigeren Steuertarif bekommen.

Fazit: Das bestehende Steuersystem ist eine gigantische Umverteilungsmaschine von unten nach oben. Das Ehegattensplitting ist ineffizient und fördert nicht die Kinder. Es ist ein patriarchales Relikt und diskriminiert Frauen, denn der Splittingvorteil knüpft an eine Einkommensdifferenz zwischen den Eheleuten an und ist dann am höchsten, wenn nur ein Partner das Haushaltseinkommen erzielt. Es handelt sich daher um eine klare Förderung der Hausfrauenehe, denn die immer noch skandalöse Lohnungleichheit von Frauen und andere Faktoren tragen dazu bei, dass in der Regel die Ehefrau ein niedrigeres Einkommen als ihr Partner hat.

Die Einführung einer Individualbesteuerung bietet nicht nur viele Vorteile im Hinblick auf gleichstellungspolitische Aspekte, sondern ermöglicht auch eine zielgenauere Steuerung der familienpolitischen Maßnahmen. Die so frei werdenden Mittel von mehr als 20 Mrd. Euro könnte man in den Ausbau von Kitas und Schulen investieren oder direkte Unterstützung für

Ehegattensplitting abschaffen – Individualbesteuerung einführen

diejenigen Familien leisten, die Kinder zu erziehen haben oder Verwandte pflegen, unabhängig vom Trauschein. Die Förderung müsste zuerst und ausschließlich bei den Menschen ansetzen, die es am Nötigsten haben.

Ist die Linkspartei totalitär? – Die Linke im Positivismusstreit

Michael Frank, 10. September 2009 www.michael-frank.eu

Ich habe erläutert, dass die Reformer der Linkspartei keine Kommunisten (mehr) sind und wer die Reformer sind. Die Linke ist auch definitiv keine Kaderpartei mehr, denn die würde anders funktionieren.

Ich will jetzt versuchen zu erläutern, wer die Dogmatiker in der Linkspartei sind. Ich denke, dass es verschiedenen kommunistische Kader in der Linkspartei gibt, die alle totalitär sind, vom Denken und Handeln. Sie versuchen die Basisdemokratie in der Linkspartei zu unterwandern. Für mich zählt dazu die SAV, Marx21, Kommunistische Plattform und Marxistisches Forum. Hier werden, teils versteckt, die alten kommunistischen Dogmen gepredigt. Diese Gruppierungen sind jedoch eigentlich in der klaren Minderheit.

Eine kommunistische Partei ist vollständig totalitär und funktioniert nach den Prinzipien des demokratischen Zentralismus. Es gibt eine Avantgarde, die alle wichtigen Entscheidungen fällt und eine ideologische Doktrin nach unten weiterreicht und Anweisungen erteilt. Das vorgegebene Dogma wird nicht mehr angezweifelt. Ein Beispiel dafür ist der Fall des Mathematikers und Philosophen Imre Lakatos. Er war Mitglied der kommunistischen Partei. Nachdem er sich zu Positivismus-Konzept von Karl Popper bekannt hatte, wurde er wegen Revisionismus aus der KP ausgeschlossen, allein wegen „falschem Denken“. Diese Entscheidung traf natürlich die Elite der Partei.

Das zeigt wie totalitär der reale Kommunismus war, schon allein vom Denkansatz. Von Vertreibungen und Mord im Stalinismus muss man da gar nicht erst reden. Wer das Dogma der Führung anzweifelte, konnte nicht Teil der Partei sein. Heute funktioniert die Linkspartei jedoch anders. Die Reformer, die mittlerweile sehr viele Positionen besetzen sind alle Revisionisten und niemand wird deswegen ausgeschlossen. Die Reformer sind nicht totalitär, sie sind pluralistisch und basisdemokratisch. Sie sind Positivisten oder sind es geworden.

Die Dogmatiker stecken in den Sekten. Ich behaupte, dass deren Dogmen weiterhin totalitär sind. Hier sind die Leute, die noch nicht auf revisionistischem Kurs sind. Das sind die alten und neuen kommunistischen Doktrinisten, die zum Konzept der Totalität stehen. Ich denke: sie hängen am alten Dogma fest und können nicht falsifizieren. Die Hardliner sehen in den Reformern jetzt immer noch die Avantgarde, da sie selbst nach den Prinzipien des demokratischen Zentralismus agieren und dies auch für die Gesamtpartei anstreben. Im Grunde spricht auch nichts dagegen, wenn die Reformer ihnen das auch vormachen um sie zu beschäftigen.

Fazit: Die Linke ist keine totalitäre Partei. Innerhalb der Partei wird über autoritäre Züge des Vorsitzenden debattiert, deren autoritären Führungsstil Andre Brie den „Lafontainismus“ nannte. In den demokratischen Strömungen wird sich extrem um Basisdemokratie bemüht. In einer großen Volkspartei wie der SPD gestaltet sich dies eher schwierig. Daher ist in der Linkspartei ein direkter Draht zu den Abgeordneten für alle Mitglieder möglich. Bei den Reformern ist es eigentlich ähnlich basisdemokratisch organisiert, wie auch bei den Grünen

oder den Jusos. Die Doktrinen in der Linkspartei machen aber miese Stimmung gegen die Reformer und vertreiben neue Leute. Die Linke ist definitiv im Positivismusstreit: Die Doktrinen hängen am Dogma der Totalität fest und die Reformer stellen sich dagegen und sind Positivisten.

Wer sind die Reformer der Linkspartei?

Michael Frank, 10. September 2009 www.michael-frank.eu

Zunächst einmal sind die Reformer definitiv nicht die alte Nomenklatur der SED. Von denen gibt es in der Linkspartei nur noch vereinzelt Leute, wenn überhaupt. Es ist davon auszugehen, dass die alte SED-Garde nicht darauf angewiesen war ihre Brötchen in der Politik zu verdienen. Diese Leute hatten ausreichend Beziehungen um sich auch im Westen ein schönes Leben zu machen, siehe Erich Honecker. Sie sind ganz sicher aber auch Mitglieder anderer Parteien geworden, vor allem auch der CDU. Die Reformer stellen im Osten eher die Mittelschicht der DDR-Bürger dar und eben deren Kinder. Seit 1990 haben sich immer mehr neue Mitglieder dazugesellt, die den Charakter der PDS verändert haben.

Fakt ist: Die PDS wurde nicht mehr von einer Nomenklatur gesteuert, vielmehr hat man beschlossen sich auf einen menschowistischen Kurs zu begeben. Ich habe keinen Zweifel daran, dass die Einschätzung von Thomas Nord und Anderen hier richtig ist, dass das Modell der Partei umgestellt wird. Es wird offen von der Parteistiftung und in den Strömungen darüber diskutiert. Für Aussenstehende und Neumitglieder ist dieser Prozess schwer nachzuvollziehen, deshalb bedürfte er dringend einer ausführlicheren Erläuterung.

Zu den Reformern gehören vor allem die Strömungen Forum demokratischer Sozialismus, das Netzwerk Reformlinke, Emanzipatorische Linke und im Jugendverband vor allem der BAK Shalom. Dazu sind weiter viele Mitglieder der Grünen zur Linken gewechselt und auch über die WASG nicht wenige SPD-Mitglieder. Es gibt aber auch eine Reihe Mitgliedern die unabhängig von Strömungen agieren. Die Reformer sind keine Kommunisten, denn sie fühlen sich diesem Dogma nicht mehr verpflichtet. Die Reformer sind pluralistische Strömungen und individuelle Personen, die vernetzt agieren, um neue Politikinhalt in die Debatte zu bringen.

Was tut ein menschowistischer Reformers in einer Masse von totalitären kommunistischen Sekten, die kollektive Ideologien vertreten? Ganz einfach: Er sucht Leute, die sich anders verhalten, die dagegen streben, zieht sie aus dem Sumpf und versucht mit Ihnen und Anderen politisch zu agieren. Die Reformer versuchen diese Leute in den Gliederungen aufzustöbern und in andere Gliederungen mitzunehmen, um dort frei von Dogmatikern agieren zu können.

Was die Reformer tun ist definitiv keine klassische Apparatschik-Politik – im Gegenteil. Sie suchen lediglich Unterstützer für einen menschowistischen, revisionistischen Kurs der Gesamtpartei. Sobald ein neues Mitglied für die Strömung gewonnen ist, wird es nicht instruiert, ideologisch getrimmt oder zu einem bestimmten Handeln angewiesen, denn es soll sich frei entfalten können.

Die Apparatschik-Methode der Nomenklatur hätte völlig anders agiert. Sie würde nur dann jemanden aufnehmen, wenn sie diesen für eine gezielte Leitungsposition benötigt und diese Person dann auch sofort instruieren und unter das Dogma der politischen Führungselite verpflichten. Der Nomenklatur wäre das eigene Denken des Funktionärs auch egal, da er nur ein ausführender Teil der Elite darstellen würde.

Die Nomenklatur hätte auch kein Problem mit den bolschewistischen Gruppen, würde sie doch die von ihnen vorgegebene Dogmatik vertreten. Eine Anleitung der alten Komsomole

durch die Führung findet in der Linkspartei jedoch definitiv nicht mehr statt. Vielmehr scheinen die Reformer gezielt Leute in diese Gruppen eingeschleust zu haben, um sie zu beschäftigen, damit Andere ihrer Arbeit nachkommen können.

Dies führt leider zu zwei unterschiedlichen Sichtweisen in der Partei: Auf der einen Seite hängen die Hardliner in ihren Strömungen am Prinzip des demokratischen Zentralismus für sich selbst und die Gesamtpartei fest und sehen die demokratischen Reformer jetzt als ihre Nomenklatur an. Auf der anderen Seite lehnen die Reformer aber gerade eben dieses ab, wollen keine Avantgarde-Partei mehr, sondern pluralistische Strömungen erzeugen. Hardliner sind jedoch zahlenmäßig in der Minderheit in der Linkspartei. Auf dem Bundesparteitag sind sie jedoch überproportional repräsentiert. Obwohl Kommunisten auf dem Parteitag insgesamt eine Mehrheit hatten, haben sie den revisionistischen Kurs der Reformer nicht angezweifelt.

Ziel der Reformer jedoch ist es, dem Einzelnen die Freiheit zu geben ohne ein kommunistisches Dogma agieren zu können. Sie wollen keine Avantgarde der Partei darstellen, sondern sich lediglich auf revisionistischen Kurs begeben. Die Reformer sind nicht die Avantgarde oder die Nomenklatur, gerieren sich nicht so, haben keinen gesamtgesellschaftlichen Führungsanspruch für Partei und Staat, sondern verstehen sich als Teil des pluralistischen Parteiensystems. Ein Bestreben zur totalen Macht ist nicht erkennbar. Sie sind definitiv keine Kommunisten, eher revisionistische Sozialisten, die dem sozialdemokratischen Ideal sehr nahe stehen.

Die Ideologien der bolschewistischen Hardliner-Sekten sind allesamt auf die Ausübung der totalen Macht ausgerichtet und gehen immer noch von einem Avantgarde-Charakter der Partei aus. Sie können nicht falsifizieren und hängen in der Ideologie des Kriegskommunismus fest: Räterepublik, also Sowjetrepublik, in der die Wirtschaft allein von der Führung angeleitet wird. Desweiteren gibt es ein kollektives Dogma, also eben der Marxismus-Leninismus. Diese Theorie wird von den alten Dogmatikern in den Rang der Unfehlbarkeit gehoben. Gefährlich ist dies jedoch auch nicht mehr, insgesamt für Deutschland gesehen. Denn die Debatte über diese Dogmen scheint für die Mitglieder der alten Komsomole wichtiger zu sein, als politisch zu agieren. Man kann sie abhaken, sie sind ein Nachruf auf sich selbst.

Diese Dogmen beruhen offenbar auf den letzten Anweisungen der alten Nomenklatur. Die ist aber nicht mehr da. Und die Reformer sind es nicht. Die kommunistischen Hardliner können ihr einmal aufgestelltes Dogma nicht mehr ändern, denn das wäre in ihrem Denken Revisionismus. Auf eine gewisse Art und Weise haben sie sich auch ideologisch selbstständig gemacht, da sie nicht mehr angeleitet werden. Der Aufbau der Linkspartei ist sehr schwer nachzuvollziehen und bedarf einer weiteren Recherche und Analyse. Definitiv bleibt jedoch festzuhalten, dass sich die PDS umgebaut hat und mit der Fusion von WASG und PDS offenbar noch ein anderer Prozess geschehen ist, den man genauer beobachten sollte.

Nazi-Anschlag auf das Salvador-Allende-Zentrum in Neukölln

Michael Frank, 11. September 2009 www.michael-frank.eu

Gestern Abend fand ein Treffen des Neuköllner Antifa-Bündnis im Salvador-Allende-Zentrum in der Jonasstraße statt. Diese Einrichtung wird von Antifaschisten genutzt und ist ein Treffpunkt für Mitglieder aus SPD, Linkspartei, DKP und anderer Organisationen. Hier wurde berichtet, dass die NPD ihren Plakat-Wahlkampf extrem ausgeweitet hat und dabei sogar Plakate anderer Parteien beschädigte. Der Slogan auf den Plakaten ist diesmal „Heimreise statt Einreise“ – sehr einfallsreich! Es soll auch einige Personenplakate geben. Die Plakate hängen (noch) vor allem vor der Moschee im Columbiadamm, in der Flughafenstraße, sowie in der Fontanestraße und der Hermannstraße.

Ein weiterer wichtiger Gesprächspunkt war, dass in der Nacht vom 12. auf den 13. August 2009 ein Anschlag auf das Salvador-Allende-Zentrum verübt wurde. Einige Nachbarn sollen das bemerkt haben. Die Fensterscheibe des Ladens war zersplittert und notdürftig verdeckt. Auch die Glasscheibe der Tür war zerstört. Offenbar gab es einen rechtsextremistischen Hintergrund, denn es wurden neu verklebte Aufkleber der NPD in unmittelbarer Nähe des Tatorts gefunden

Auch wenn ich den Kommunismus ablehne und von der DKP nicht viel halte, wer von Nazis attackiert wird, bekommt natürlich auch Unterstützung. Ich denke: Aus Solidarität sollten SPD und Linke hier eine Antifaschistische Aktion machen. Sozialdemokraten und Sozialisten Seit an Seit in einer antifaschistischen Einheitsfront, aus Solidarität gegenüber den Mitgliedern der DKP.

Der DKP kann auch sonst weiter geholfen werden. In Neukölln ist die Mitgliederzahl mit 20 Personen eher gering. Die Linkspartei ist zwar eine links-sozialdemokratische Partei geworden, wenn die DKP jedoch in Neukölln noch ein paar treue Kommunisten sucht, dann sollte sie sich mit der SAV und Marx21 in Kontakt setzen und diese Mitglieder aufnehmen. Diese Leute vertreten definitiv die gleichen Werte und Politikinhalt wie die DKP und sind überzeugte Kommunisten.

Gebührenfreie öffentliche Kinderbetreuung flächendeckend garantieren

Michael Frank, 12. September 2009 www.michael-frank.eu

Gerade für berufstätige Eltern, insbesondere aber für Alleinerziehende ist es besonders schwierig Job und Familie unter einen Hut zu bekommen. Die Frage nach einer angemessenen und pädagogisch qualitativ hochwertigen Betreuung der Kinder ist für alle Familien essentiell. Ich gehe davon aus, dass die meisten Eltern für ihre Kinder die bestmögliche Entwicklung wollen, jedoch ist dazu leider nicht jede Familie finanziell in der Lage. Eine möglichst frühe Förderung der Kinder ist sowohl aus bildungspolitischen Aspekten, als auch aus sozialpolitischen Überlegungen jedoch enorm wichtig.

Pädagogische Untersuchungen zeigen, dass die frühkindliche Bildung ein entscheidender Faktor für spätere Bildungs- und Berufserfolge sein kann. Außerdem ist das frühe Kindesalter bis zu 6 Jahren sehr entscheidend für die Sozialisation, denn hier werden Verhaltensmuster verfestigt, die später die wesentlichen Charakterzüge eines Menschen ausmachen. Was klein Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmer mehr – so sagt es der Volksmund. Und es ist etwas Wahres dran.

Ich denke der Staat, also die Gemeinschaft ist hier in der Pflicht, insbesondere die Eltern zu unterstützen, die sich eine private Betreuung ihrer Kinder nicht leisten können. Deshalb muss eine öffentlich finanzierte Kinderbetreuung flächendeckend und kostenfrei garantiert werden. Jedes Kind sollte die gleichen Möglichkeiten auf gute Bildung und gute Entwicklungschancen haben. Das darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein, denn ansonsten wird Armut und Bildungsferne verfestigt und über mehrere Generationen reproduziert. Dagegen muss Politik handeln, gerade für unsere Kinder. Doch Frau van der Leyen (CDU) steht auf der Bremse und handelt nicht. Eine gute öffentlich finanzierte Bildung kostet viel Geld, aber lange nicht so viel wie die Folgekosten wären ohne eine solche. Flächendeckende Kinderbetreuung ist teuer, Jugendgefängnisse und gescheiterte Existenzen sind jedoch langfristig viel teurer. Es besteht dringender Handlungsbedarf!

Von Arbeitnehmern wird immer mehr Flexibilität verlangt, sowohl beim Weg zur Arbeit, als auch bei der Arbeitszeit. Diesen veränderten Umständen muss auch in der Bildungspolitik Rechnung getragen werden. Deshalb müssen auch die Öffnungszeiten der Betreuungseinrichtungen flexibel gestaltet werden. Auch Nachtbetreuung für Kinder von Schichtarbeitern muss gewährleistet werden.

In Berlin wurde dazu unter Rot-Rot bereits ein erster Schritt getan: Das letzte Kita-Jahr ist bereits kostenfrei. In den nächsten Jahren wird dies schrittweise nach unten ausgebaut. Dieser Weg muss konsequent in ganz Deutschland fortgeführt werden. Dazu müssen insbesondere in Westdeutschland neue Betreuungseinrichtungen gebaut werden. In Ostdeutschland gibt es hier bereits eine weit ausgebaute Infrastruktur, auf die man dabei zurückgreifen kann. Insbesondere fehlt es auch erheblich an Personal.

Deshalb sollte für jedes Kind ein Rechtsanspruch auf einen gebührenfreien Ganztagsbetreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr eingeführt werden. Eine gebührenfreie

Gebührenfreie öffentliche Kinderbetreuung flächendeckend garantieren

öffentliche Kinderbetreuung muss für alle Kinder flächendeckend garantiert werden.

Für Rot-Rot in Brandenburg!

Michael Frank, 13. September 2009 www.michael-frank.eu

Am 27. September finden gleichzeitig zu den Bundestagswahlen auch Wahlen für den brandenburgischen Landtag statt. Hier gilt es für die SPD eine Hochburg zu verteidigen und erneut zur stärksten Partei zu werden. Ministerpräsident Platzeck könnte auch in anderen politischen Konstellationen die Geschicke Brandenburgs weiter lenken, jedoch setzt dies einen politischen Richtungswechsel voraus.

Schon seit längerer Zeit gibt es Gespräche zwischen Abgeordneten der SPD und der Linken. Die Streitpunkte, die aktuelle politische Inhalte betreffen scheinen annähernd abgebaut. Es ist davon auszugehen, dass es ohne weiteres möglich wäre sich auf einen Koalitionsvertrag zu einigen, der in die Zukunft weisende Konzepte beinhaltet.

Zwar gibt es entscheidende Unterschiede in der Betrachtung der Geschichte der DDR und auch einige divergierende Ansichten in einzelnen Politikfeldern, jedoch dürfen diese 20 Jahre nach der Wende nicht dazu führen, dass eine Zusammenarbeit von vornherein ausgeschlossen wird.

So unterschiedlich man das auch betrachten mag, muss man konstatieren, dass in der brandenburgischen Linkspartei niemand ernsthaft die DDR zurück will und niemand so realitätsfern ist, dass man Vorschläge unterbreitet, die schlicht nicht tragbar wären. Das könnte sich die Linke in Brandenburg auch gar nicht erlauben, regiert sie doch in vielen Kreisen selbst mit, zum Teil als stärkste Fraktion. Die jüngeren Mitglieder beider Parteien haben da weitaus weniger Berührungsängste und kooperieren bereits inoffiziell in einigen Politikfeldern.

Im brandenburgischen Landtag habe ich die Abgeordneten der Linksfraktion kennen gelernt und auch mit einigen SPD-Abgeordneten gesprochen. Mein Eindruck war, dass es in vielen Politikfeldern erhebliche Schnittmengen gibt und dass das Trennende keine unüberbrückbaren Probleme darstellt.

Die CDU ist in Brandenburg wie anderswo personell und inhaltlich am Ende. Eine erneute rot-schwarze Koalition würde erhebliche Risiken für die SPD mit sich bringen. Einerseits würde man sich wohl vom Umfrage-Tief der CDU mit hinunter ziehen lassen. Andererseits haben die vergangenen Jahre gezeigt, dass mit der Union viele sozialdemokratische Politikziele sich nicht verwirklichen lassen.

Fazit: Ein rot-rotes Bündnis nach dem Vorbild von Berlin und Mecklenburg-Vorpommern ist auch in Brandenburg denkbar. Mehr noch: Es kann die Voraussetzung für eine politische Wende sein.

Eine Wende auf dem Weg, hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit in Deutschland.

Bundesumweltminister Sigmar Gabriel zu Gast im Wahllokal der Jusos Berlin

Michael Frank, 16. September 2009 www.michael-frank.eu



Abbildung 1: Bundesumweltminister Sigmar Gabriel und Bundestagskandidat Björn Böhning, Foto: Michael Frank

Heute war im Wahllokal der Jusos Berlin der Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) zu Gast und berichtete über die neuesten Informationen im Bereich der Energiepolitik, der Umweltpolitik, aber auch über allgemeine Fragen. Er setzte sich unter anderem ein für einen schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomkraft und für den zügigen Ausbau erneuerbarer Energien. Außerdem berichtete er, dass die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Frau Prof. Dr. Annette Schavan (CDU) seit mehreren Wochen eine brisante Studie zur Atomenergie unter Verschluss hält und damit die Öffentlichkeit gezielt über ihre Vorhaben im Unklaren lassen will. Das ist

reine Wahltaktik und ein Täuschungsversuch der CDU gegenüber den Wählerinnen und Wählern.

Im Focus war zu lesen: „Ein von Bundesforschungsministerin Annette Schavan (CDU) bestelltes Konzept zur künftigen Energieforschung hat den Streit um die Atomkraft weiter angeheizt. Rund 100 Wissenschaftler halten unter bestimmten Bedingungen auch den Bau neuer Atommeiler in Deutschland für möglich. Zugleich empfehlen sie in dem durch Medien am Mittwoch bekanntgewordenen Papier die Suche nach einer Alternative zum geplanten Endlager im Salzstock Gorleben.“¹⁶ Die Süddeutsche Zeitung berichtet zu diesem Thema: „Der sozialdemokratische Umweltminister versucht seit langem Stimmung gegen die Atompolitik von Schwarz-Gelb zu machen. Durch die Schavan-Studie fühlt er sich bestätigt. Gabriel wittert einen „Geheimplan“ der Union: „Offensichtlich spielt die Atomkraft in den Planungen der Union insgeheim eine größere Rolle als bisher immer behauptet.“ Er fordert in Richtung Union: „Die Bundeskanzlerin muss Klarheit schaffen.“¹⁷ Also könnte diese zurückgehaltene Studie im Wahlkampf noch von einiger Bedeutung sein.

Nach der Unterzeichnung des Kyoto-Protokolls sieht der Bundesumweltminister besonders in der Weltklimakonferenz in Kopenhagen eine entscheidende Möglichkeit, um zu Fortschritten in seinem Politikbereich zu gelangen. Bei der Weiterentwicklung des Klimaschutzabkommen von Kyoto strebt Gabriel eine europäische Führungsrolle an. Die Klimapolitik spielte dabei auf der politischen Agenda eine zentrale Rolle.

16 Studie: Neue AKW und Endlager im Süden denkbar, focus online vom 16.09.2009, online unter: http://www.focus.de/politik/deutschland/forschung-studie-neue-akw-und-endlager-im-sueden-denkbar_aid_436267.html

17 Oliver Das Gupta: Gabriel und Grüne wittern Atom-Geheimplan, süddeutsche vom 16.09.2009, online unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/413/487815/text/>

Im allgemeinen Teil der Diskussion betonte Sigmar Gabriel, dass er den zunehmenden Kampf um Listenplätze in der SPD als durchaus kritisch betrachtet. Der direkt gewählte Abgeordnete ist nach seiner Ansicht in stärkerer Position. Damit ermunterte er gerade auch den Friedrichshain-Kreuzberger Wahlkreiskandidaten der SPD Björn Böhning dazu, weiter auf die Erststimmen zu setzen. Gabriel kann sich diese Argumentation durchaus leisten, denn in seinem Wahlkreis Salzgitter-Wolfenbüttel wurde er 2005 mit 52,3% der Stimmen direkt in den Bundestag gewählt. Nicht wenige Jusos halten ihn deswegen durchaus geeignet für die Nachfolge von Frank-Walter Steinmeier im Amt des Kanzlerkandidaten.

Dennoch betonte Gabriel auf Nachfrage von anwesenden Journalisten, dass sein Ziel ist, im Amt des Bundesumweltministers zu bleiben, um weiter Akzente in seinem Politikfeld zu setzen. Alles in Allem war die Veranstaltung sehr gelungen, denn es gab eine offene Diskussion und es wurden sehr detailreiche Nachfragen durch den Minister sehr kompetent beantwortet.

Direkte Demokratie stärken!

Michael Frank, 19. September 2009 www.michael-frank.eu

Die parlamentarische Demokratie ist im Vergleich zu allen totalitären Staatsformen, ob Kommunismus, Faschismus oder Islamismus ein zivilisatorischer Fortschritt, der sich bewährt hat. Die Ausweitung der Demokratie hat zu mehr Frieden und Sicherheit und auch zu mehr Freiheit und Wohlstand geführt. Deshalb sollte der Prozess der Demokratisierung der Gesellschaft konsequent fortgeführt werden. Dazu braucht es mehr direkt-demokratische Elemente, die im deutschen Rechtssystem verankert werden müssen. Dies könnte dazu führen, dass sich mehr Menschen am Prozess der Ausgestaltung des Gemeinwesens beteiligen. Auf diese Weise wären einerseits mehr Menschen informiert über politische Entscheidungen und andererseits würde eine höhere Legitimität des Politischen Systems als solches, aber auch der einzelnen Entscheidungen erreicht werden.

Um dies zu erreichen gibt es verschiedene gangbare Vorschläge:

- 1.) Man sollte Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide auf Bundesebene einführen und dabei obligatorische Volksabstimmungen bei wichtigen Änderungen des Grundgesetzes vorsehen.
- 2.) Das Petitionsrecht sollte bürgernäher und transparenter gestaltet werden: Sitzungen des Petitionsausschusses müssten für Bürgerinnen und Bürger geöffnet werden. Die Bedeutung von Massen- und Sammelpetitionen muss gestärkt werden und das erforderliche Quorum für eine öffentliche Anhörung herabgesetzt.
- 3.) Auch Bürgerhaushalte sind eine neue direkte Art von Bürgerbeteiligung. Die Verwaltung einer Stadt, einer Gemeinde oder einer anderen Verwaltungseinheit bemüht sich dabei um mehr Haushaltstransparenz und lässt die Betroffenen zumindest über einen Teil vom Investitionshaushalt mitbestimmen und entscheiden. Ansätze hiervon gibt es bereits in einigen Berliner Bezirken. Nach diesem Vorbild sollte man in auch anderswo in Deutschland agieren.
- 4.) Auch Veränderungen im Wahlrecht selbst wären dringend von Nöten. Das Wahlalter sollte drastisch gesenkt werden, damit Kinder und Jugendliche nicht mehr von der Demokratie ausgeschlossen sind. So könnte man zum Beispiel Mehrmandatswahlkreise einführen und den WählerInnen die Möglichkeit einräumen auch die Listen der Parteien zu beeinflussen.

Es gibt sicherlich noch eine Reihe anderer Vorschläge, die grundgesetzkonform sind und ohne große Schwierigkeiten umzusetzen wären. Über diese und andere Punkte sollte die SPD eine offene Debatte führen.

Franz Müntefering sollte sein OK für Rot-Grün geben

Michael Frank, 21. September 2009 www.michael-frank.eu

Noch 7 Tage bis zur Bundestagswahl. Noch ist nicht klar wie die Chancen stehen, auf Umfragen kann man nicht vertrauen. Bei der letzten Wahl hat man gesehen, dass sich kurz vor Schluss noch einiges drehen lässt, wenn man tatkräftig anpackt. In jedem Fall ist eine Mehrheit links von Schwarz-Gelb möglich und bereits jetzt im Bundestag vorhanden. Frank-Walter Steinmeier hat sich im TV-Duell als der bessere Kandidat platziert und mit Charme und Sachverstand die WählerInnen überzeugt.

Was sollte man aber als SPD-Vorsitzender tun, um seiner Partei zur Macht zu verhelfen, damit es den Menschen in Deutschland wieder besser gehen kann, damit es eine Politik gibt, die sich um die sozialen Belange der Schwächsten in der Gesellschaft kümmert? Diese Frage ist es vermutlich, die den Parteivorsitzenden Franz Müntefering seit Wochen umtreibt. Das ist keine leichte Situation, ohne Zweifel, aber es gibt Lösungen aus dem Dilemma.

Ich denke, der Parteivorsitzende hat neben der Fortführung der Großen Koalition und der Ampelkoalition mindestens noch zwei weitere Optionen. Zum Einen könnte er grünes Licht für ein Rot-Rot-Grünes Bündnis geben. Ich bin davon überzeugt, dass dies ein Fortschritt für unser Land wäre. Zum Anderen besteht immer noch die Möglichkeit eine Rot-Grüne Regierung zu bilden, indem man die Reformer der Linkspartei zu einer sozialistischen Einheitsfront bittet. Das wäre geradezu revolutionär, denn es hieße die Versöhnung und Wiedervereinigung der ArbeiterInnenbewegung unter dem Banner der SPD. Es hieße die Versöhnung zwischen Ost und West. Damit würde Franz Müntefering in positivsten Sinne in die Geschichte eingehen. Ich denke, dieser Schritt ist für ein Urgestein der Sozialdemokratie sicher nicht leicht, jedoch bin ich auch davon überzeugt, dass er keine Gefahr darstellen kann, sofern es vorher genaue Absprachen gibt.

Wenn Franz Müntefering bereit wäre diesen Schritt zu gehen, ist er fortan der größte Vorsitzende den die SPD je hatte. Ich persönlich würde ihm dafür ein Denkmal setzen und viele andere Menschen ganz sicher auch. Diese historische Chance sollte man als sozialdemokratischer Vorsitzender nicht verstreichen lassen.

Lafontaine handelt antiautoritär und basisdemokratisch

Michael Frank, 24. September 2009 www.michael-frank.eu

Ich habe ebenso wie Stefan Liebich Oskar Lafontaine vorgeworfen, er würde einen autoritären Führungsstil in der Linkspartei durchsetzen. Dieser Eindruck von mir beruhte auf einer falschen Wahrnehmung. Offenbar habe ich unter dem Eindruck der extremen Unterwanderung durch SAV-Kader und Marx21-Kader den Eindruck gewonnen, dass der Parteivorsitzende der Linkspartei diese Tendenzen unterstützt.

Mir kam der Gedanke bei der Betrachtung eines Aufsatzes von Andre Brie im Spiegel mit dem Titel „Der Lafontainismus“. Hier stellt der von mir sehr geschätzte Andre Brie einige Fragen, die er aufwirft, damit die Basis der Linkspartei über den Führungsstil von Oskar Lafontaine diskutiert. Er fragt:

„Wo ist der Reformier und Realist Lafontaine geblieben? Warum tritt er nicht mehr für Dinge ein, die er noch vor gar nicht so langem für richtig und wichtig befand? Warum begehrt einer nicht gegen die unheilvolle Renaissance des Freund-Feind-Denkens in der von ihm geführten Partei auf, der 1988 aus gutem Grund schrieb: „Eine Politik, die die Menschen nach ‘Freund und Feind gruppiert’, steht gegen das Politikmodell der demokratischen Linken, die immer auf Solidarität, auf das Miteinander setzt“? Warum lässt er zu, dass Andersdenkende ausgegrenzt und abgestraft werden?“¹⁸

Die Antwort scheint mir klar: Lafontaine handelt antiautoritär und basisdemokratisch. Er artikuliert lediglich die Positionen eines Teils der Basis und diese Leute sind autoritär im Handeln und zum Teil totalitär von ihrer Programmatik her, z.B. was die Forderung nach einer Räterepublik betrifft. Der Realist Lafontaine ist deswegen weg, weil der Teil der Basis, den er vertritt eben wenig Realitätssinn aufweist. Andre Brie nennt auch einige Positionen, die Lafontaine aufgeben haben soll:

„In seinem Buch „Das Herz schlägt links“, nach dem Rücktritt vom SPD-Parteivorsitz verfasst, begründete er seine Absage an die Beteiligung der PDS 1998 auf Bundesebene inhaltlich: „Die PDS lehnte den Euro ab. Die Befürwortung der Wirtschafts- und Währungsunion oder des Euro war aber wesentlicher Bestandteil unserer Europapolitik. Die PDS hatte eine kritische Haltung zur Nato. Das Ja zur Nato war aber zentraler Bestandteil unserer Sicherheitspolitik. Die wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen der PDS waren schlicht und einfach nicht finanzierbar.“ Inzwischen hat Lafontaine diese Forderungen vollständig übernommen.“¹⁹

Ich gehe davon aus, dass Lafontaine selbst seine Positionen beibehalten hat, jedoch aufgrund seiner sozialdemokratischen Prinzipien nicht anders handeln kann, als den Willen der Basismitglieder zu artikulieren.

Außerdem besteht noch bei einer weiteren Position eine kognitive Dissonanz. Im Spiegel von 06.03.2006 steht im Artikel „Lafontaines Politikerschelte – Erst draufhauen, dann wegducken“ von Björn Hengst zu lesen:

¹⁸ André Brie: Der Lafontainismus, spiegel online vom 08.06.2008, online unter: <http://www.spiegel.de/spiegel/0,1518,629282,00.html>

¹⁹ Ebd.

„Mit verbalen Fehlgriffen hat Lafontaine schon öfter für Aufregung gesorgt. 1982 griff der Saarländer den damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) mit den Worten an, Schmidt spreche „weiter von Pflichtgefühl, Berechenbarkeit, Machbarkeit, Standhaftigkeit. Das sind Sekundärtugenden. Ganz präzis gesagt: Damit kann man auch ein KZ betreiben“.²⁰

Ich denke auf der einen Seite hatte hier Helmut Schmidt durchaus das Recht, auf diese Tugenden hinzuweisen. Auf der anderen Seite, auf falsch verstandene Weise angewendet, kann man mit diesen Tugenden allein auch eine Erziehungsanstalt leiten.

²⁰ Björn Hengst: Lafontaines Politikerschelte – Erst draufhauen, dann wegducken, spiegel online vom 06.03.2006, online unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,404640,00.html>

Zum bundesweiten Bildungsstreik

Michael Frank, 20. November 2009 www.michael-frank.eu

Die Streikbewegung der StudentInnen und SchülerInnen agiert nicht nur in eigenen Interesse, sie will für die Gesamtgesellschaft einen Fortschritt erreichen. Mehr als 200.000 junge Menschen beteiligen sich seit längerem an bundesweiten Aktionen.²¹ Sie sind es, die die Zukunft gestalten wollen und werden, in Deutschland, in der EU und aufgrund der internationalen Mobilität weltweit.

Die Zeit für eine neue studentische Bewegung war eigentlich schon lange überfällig. Es schien fast so, als bräuchten die StudentInnen dafür die Erlaubnis der Professoren. In der Stuttgarter Zeitung war am 13.11.2009 zu lesen:

„Es ist richtig, dass die Studierenden sich zu Wort melden und deutlich machen, dass ihre Studienbedingungen besser werden müssen und mehr für ihre soziale Sicherung getan werden muss“, erklärte die Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz (HRK), Margret Wintermantel. „Die Sympathien sind auf Seite der Protestierenden, solange sie vernünftige Formen des Protests wählen und sachlich argumentieren.“²²

Was sich aus dem Bildungsstreik mittelfristig entwickelt ist noch nicht klar. Diese neue Bewegung von jungen intellektuellen Leuten hat jedoch erhebliches Potential. Ob sich der Bildungsstreik zu einer neuen Bewegung weiterentwickelt, die auch zu anderen Bereiche der Gesellschaft ausgedehnt werden, bleibt zu hoffen.

Gründe sich für die Verbesserung der Lernbedingungen einzusetzen gibt es viele: Unzumutbare Gebäude-Zustände an Schulen, Raummangel, Lehrkräftemangel, zu große Klassen, überfüllte Hörsäle, zu wenig individuelle Betreuung, prekäre Einkommenssituation von Studenten und Dozenten, Probleme beim Studienort und Fachwechsel, Modularisierung, Erschwerung des Master-Zugangs. Es gibt dutzende weiterer Themen und Vorschläge die die junge Generation durchsetzen will. Konkret heißt es in den Forderungen der StudentInnen:

„Soziale Öffnung der Hochschulen

- den Abbau von Zulassungsbeschränkungen durch den Ausbau von Studienplätzen!
- die Abschaffung von Studiengebühren und die gesetzlich verankerte Gebührenfreiheit von Bildung!
- die finanzielle Unabhängigkeit der Studierenden – ohne Kredite!
- die Abschaffung jeglicher Diskriminierung, auch in ihrer institutionalisierten Form gegenüber ausländischen Studierenden!

Abschaffung von Bachelor/Master in der derzeitigen Form

21 Vgl. <http://www.bildungsstreik.net/demozahlen/>

22 Studentenproteste: Hochschulrektoren wollen Dialog, Stuttgarter Zeitung online vom 13.11.2009, online unter: http://stuttgarter-zeitung.de/stz/page/2276475_0_5546_-studentenproteste-hochschulrektoren-wollen-dialog.html

- die Abkehr vom Bachelor als Regelabschluss!
- das Ende von Verschulung, Regelstudienzeit und Dauerüberprüfung!
- die Möglichkeit individueller Schwerpunktsetzung im Studium!
- die tatsächliche Umsetzung der Mobilität zwischen den Hochschulen!

Demokratisierung des Bildungssystems

- den Abbau von wirtschaftlichen Zwängen im Bildungsbereich!
- die Mitbestimmung aller Beteiligten im Bildungssystem, u.a. durch Viertelparität in den Hochschulgremien!
- die Einführung verfasster Studierendenschaften mit politischem Mandat in allen Bundesländern!

Verbesserung der Lehr- und Lernbedingungen

- die Umsetzung freier alternativer Bildungskonzepte!
- die Beendigung prekärer Beschäftigungsverhältnisse im Bildungsbereich!
- die Aufstockung des Lehrpersonals auf ein pädagogisch tragbares Niveau! Dazu sind in den nächsten drei Jahren mindestens 8.000 Professuren, 4.000 Mittelbaustellen und 10.000 Tutor_innenstellen neu zu schaffen!
- die Förderung aller Studierenden statt einseitiger Elitenbildung!
- die Einheit von Forschung und Lehre statt der Exzellenzinitiative!²³

Auch die SchülerInnen haben ihre eigenen Forderungen aufgestellt:

- „Eine Schule für Alle – Weg mit dem mehrgliedrigen Schulsystem
- Kostenlose Bildung für Alle
- Mehr Lehrer_innen, kleinere Klassen
- Beendet den Einfluss der Wirtschaft auf die Schulen!
- Gegen Schulzeitverkürzung! Wie dem G8-Abitur!
- Schluss mit Repressionen gegen Schüler und Schülerinnen
- Für eine Demokratisierung des Bildungssystems!²⁴

Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass das deutsche Bildungssystem reformiert werden muss, vor allem im Bereich der frühkindlichen Bildung, der Schulformen und der Lehrkräfteausstattung an den Schulen und Hochschulen. Meines Erachtens müsste auch das elitäre Gymnasium der Vergangenheit angehören. Vor allem müssen Studiengebühren so schnell wie möglich abgeschafft werden, denn sie verhindern den Zugang zu höherer Bildung und sind daher kontraproduktiv. In Deutschland gibt es zu wenig Studenten und Ausbildungsplätze fehlen.“

Ich denke, es ist grundsätzlich nicht falsch, die Hochschulpolitik auch über die EU-Ebene zu koordinieren, auf der anderen Seite muss eine Beteiligung der Schüler und Studenten an allen Entscheidungen gegeben sein und spezifische regionale Interessen berücksichtigt werden.

23 Forderungen der Studierenden zum Bildungsstreik 2009, www.bildungsstreik.net, online unter: <http://www.bildungsstreik.net/aufruf/forderungen-der-studierenden/>

24 Forderungen der SchülerInnen zum Bildungsstreik 2009, www.bildungsstreik.net, online unter: http://www.bildungsstreik.net/aufruf/forderungen-der-schuler_innen/

Bildung darf keine Ware sein und das Lernen muss selbstbestimmt und ohne Zwang und Druck erfolgen.

Die Bundesregierung müsste jetzt wesentlich mehr finanzielle Unterstützung für Gebäudesanierung an Schulen, insbesondere aber für mehr Lehrkräfte und Personal an Schulen und Hochschulen leisten. In diesen Bereich sind dringend Investitionen von Nöten, damit deutsche Bildungsinstitutionen im europäischen Vergleich nicht abgehängt werden. Jeder Mensch soll unabhängig vom eigenen Geldbeutel einen freien Zugang zu Bildung haben. Auch Arbeitgeber sollten dies in eigenem Interesse mehr fördern. Es kann nicht falsch sein dazu neue Steuern auf Vermögen oder Finanztransaktionen oder eine Ausbildungsplatzumlage einzuführen. Damit könnte man einerseits den Finanzmarkt und den Arbeitsmarkt positiv regulieren, andererseits die Staatsfinanzen konsolidieren und dabei noch sinnvoll in die Zukunft investieren.

An den Unis und Schulen werden derzeit Hörsäle und Räume besetzt, nicht in erster Linie um zu stören oder gar Schäden anzurichten, sondern um abseits vom Lernalltag die Probleme und auch die grundlegenden Defizite der Gesamtgesellschaft anzugehen. Darum vertreten die OrganisatorInnen des Bildungsstreiks eben auch gerade die Interessen der arbeitenden Bevölkerung und man solidarisiert sich mit den sozialen und finanziellen Interessen der Schwächsten in der Gesellschaft. Es besteht jedoch noch das Defizit dies ausreichend zu vermitteln.

Um sich in die Gesamtgesellschaft zu vernetzen gibt es für die Bewegung, aber auch für alle Anderen verschiedene Möglichkeiten: Sowohl SPD und Jusos, aber auch die Grünen und die Linke und Gewerkschaften beteiligen sich inhaltlich und organisatorisch an den Debatten und sind offen für neue Mitglieder und Sympathisanten.

Wenn sich diese Schüler- und Studentenbewegung in den Parteien und in den Gewerkschaften kanalisieren könnte, wäre das ein Vorteil für ihre Aktionsstärke und gleichzeitig eine Belebung für die Politik. Es kommt darauf an, bei den Forderungen nicht nachzugeben und die Aktionen und die Ergebnisse der Debatten weiter gut zu dokumentieren und in die Parteien zu tragen. Nur so kann man auch langfristig politisch agieren. Die Nutzung neuer Medien für politische Kampagnen ist dabei heute eine Selbstverständlichkeit, wie die Webseite www.bildungsstreik.net und ihre zahlreichen Verlinkungen bei anderen Organisationen zeigen.

Aus dem Bildungsstreik heraus kann sich aber auch eine Bewegung entwickeln, die dafür sorgen wird, dass die Mehrheiten in Deutschland wieder nach links verschoben werden. In den nächsten vier Oppositionsjahren sollte die SPD diese Forderungen in ihr Programm integrieren, um gemeinsam mit den jungen Menschen 2013 diese Regierung abzulösen.

Wir Sozialdemokraten wollen mehr Demokratie wagen

Michael Frank, 26. November 2009 www.michael-frank.eu

In der SPD gibt es einen Aufbruchs- und Erneuerungsprozess. Der neu gewählte SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel will mehr Demokratie wagen und lädt die Mitglieder zu neuen Beteiligungsmöglichkeiten ein. Noch vor einigen Wochen äußerte er sich tief besorgt über den Zustand seiner Partei. Eine gewisse Ratlosigkeit sprach aus ihm. Nicht aufgrund von politischen Inhalten, sondern darüber, dass die SPD Volkspartei bleiben muss, damit stabile Mehrheiten links dieser konservativ-neoliberalen Regierung entstehen können.

Er ist glaubhaft, wenn er die SPD strukturell und inhaltlich erneuern will, ist besorgt um seine GenossInnen, und bemüht sich um einen neuen Aufbruch. Auf dem Parteitag in Dresden hat er noch sehr allgemein und zutiefst emotional über seine Eindrücke gesprochen. Jetzt gibt es die ersten konkreten politischen Forderungen und Änderungsvorschläge aus der Partei heraus. In der Zeitung die Welt hieß es am 23.11.2009:

Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel hat sich für Plebiszite auf Bundesebene ausgesprochen. „Ich plädiere für mehr Leistung, Mut und Risikobereitschaft der Politik. Etwa für Volksabstimmungen. Sie sind gut für die moderne Demokratie – und ich jedenfalls habe keine Angst vor dem Volk“, sagte Gabriel WELT ONLINE. Er fügte hinzu: „Wer dem Volk misstraut, zweifelt in Wahrheit an den eigenen Argumenten.“ Er glaube, dass „die Deutschen im besten Sinne der Tradition der Aufklärung nach einer langen Diskussion zu guten Entscheidungen kommen“.²⁵

Volksabstimmungen auf Bundesebene wären in der Tat eine Belebung für die Demokratie. Bisher ist es den Bürgern zwar möglich über Petitionen an den Bundestag ihre Vorstellungen zu richten, jedoch gibt es keine direkte Einflussmöglichkeit auf die Bundespolitik. Plebiszite auf Bundesebene würden den Gedanken der Demokratie erstarken lassen und sie könnten auch der SPD helfen mit den WählerInnen in einen modernen Diskurs über die Probleme der Menschen einzutreten.

Gabriel könnte die Person sein, die den SPD-Vorsitz bis zur Regierungsübernahme weiter hält. Er kommt aus dem früheren marxistischen Flügel der SPD und war ehemals im Bundesvorstand der Falken aktiv. Demnach sollte er sensibel und informiert genug sein, um mit der Linken in den Diskurs zu treten. Gleichzeitig ist er aber auch durch seine politische Erfahrung pragmatisch und durchsetzungsfähig genug um sich irrationalen Forderungen zu widersetzen. Heute ist er ein Seeheimer, der für fortschrittliche Positionen steht:

Gabriel forderte dem Bericht zufolge „eine richtige Strukturreform der SPD“, mit der „wir vor allem wieder Meinungsbildung von unten nach oben schaffen (ohne politische Führung abzuschaffen)“. In diesem Zusammenhang stellte er Urabstimmungen „ab und an bei wichtigen Entscheidungen“ in Aussicht. Weitere Vorschläge sollten auf dem Bundesparteitag Mitte November in Dresden vorgestellt werden, der ein „Startschuss“ sein solle.²⁶

25 Daniel Friedrich Sturm: SPD: Neu-Chef Gabriel singt Loblied auf Ex-Chef Beck, welt online vom 22.11.2009, online unter: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article5292706/Neu-Chef-Gabriel-singt-Loblied-auf-Ex-Chef-Beck.html>

26 Gabriel sieht seine Partei in katastrophalen Zustand, t-online Nachrichten vom 22.10.2009, online unter:

Das ist schon eine fundamentale Erneuerung. Gut, einige Vorschläge gehen mir nicht weit genug, aber ich denke nicht, dass man sagen kann, dass dieser politische Ansatz konservativ ist. Als Umweltminister hat er die konsequente Politik von Jürgen Trittin fortgeführt und damit Deutschland zukunftsfähiger gemacht. Gesamt gesehen ist die SPD damit in diesem Politikbereich nach links gewandert, das muss man festhalten, auch wenn immer noch Spielraum besteht. Für mich bleibt zu hoffen, dass er es schafft innerhalb der Partei dafür zu sorgen, dass eine neue Ära eingeleitet wird, die sich von jeglichen Bezügen zu Agenda 2010 und den Hartz-Gesetzen trennt. Beide Begriffe und die damit verbundenen Maßnahmen sind für die Bevölkerung zu Reizworten geworden. Die Fortführung dieser Politik, für die die SPD 2005 abgewählt wurde, kann nicht zu neuen Mehrheiten führen, soviel ist sicher. In der Öffentlichkeit und bei Betroffenen ist der Eindruck entstanden, dass die Partei auf der Stelle tritt, weil die Würdigung der eigenen Regierungspolitik ein Akt der Selbstbeweihräucherung darstellt der zynisch anmutet.

Wenn Sigmar Gabriel die SPD zu alter Stärke zurückbringen will, muss er nur dafür sorgen, dass die Partei sich ein neues Projekt vornimmt und mit der Basis diskutiert. Das hat er erklärt und es findet statt. Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier hat eine neue Vision für unsere Zeit durch seine Vorschläge für mehr Arbeitsplätze. Er will durch gezielte Investitionen Jobs auf dem ersten Arbeitsmarkt schaffen. Das ist erstrebenswert und richtig. Ein weiteres Projekt zur sozialen Absicherung könnte jedoch auch ein sozialdemokratisches Grundeinkommens-Modell sein.

Für ein Linksbündnis hat es bisher noch nicht für Mehrheiten gereicht. Zum Teil gibt es auch noch unüberbrückbare Meinungsunterschiede. Mit einer erneuerten SPD wird auch der Erfolg zurückkehren.

Auch zu den jetzt lange anhaltenden Diskussionen über das häufige Rotieren des Vorsitzenden und zum Abgang von Kurt Beck gibt es Neues zu hören.

Gabriel hob zugleich die Bedeutung des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Kurt Beck (SPD) hervor und bezeichnete die Umstände von dessen Rücktritt als Parteichef vor gut einem Jahr als „bittere Sache“. Gabriel: „Der Schwielowsee und der Abgang Kurt Becks als Parteivorsitzender gehören nicht zu den Glanzlichtern der Sozialdemokratie. Das war eine bittere Sache. Aber die Behauptung, Franz Müntefering habe um jeden Preis ins Amt kommen wollen, gehört auch ins Reich der Märchen.“²⁷

Letztendlich war Kurt Beck für die SPD der richtige Mann zur richtigen Zeit. Was er als Vorsitzender geleistet hat bemisst sich nicht an der Dauer seiner Amtszeit. Die Öffnung zur Linkspartei war ein richtiger Schritt. Beck war stark genug um sich durchzusetzen gegen einen neoliberal gewordenen rechten Parteiflügel und er hat so einen starken Charakter, dass er sich trotz seiner Demontage selbst zurückgenommen hat, weil er selbst wusste, dass der Gesamterfolg wichtiger ist als das politische Schicksal einer Einzelperson. Für ihn selbst war es sicher bitter. Auf der anderen Seite gab es wohl die Überlegung mit Franz Müntefering in

http://nachrichten.t-online.de/spd-in-der-krise-sigmar-gabriel-sieht-partei-in-katastrophalem-zustand-/id_20312418/index

27 Daniel Friedrich Sturm: Gabriel will ein „Kümmerer“ wie Beck werden, welt online vom 23.11.2009, online unter: <http://www.welt.de/die-welt/politik/article5297402/Gabriel-will-ein-Kuemmerer-wie-Beck-werden.html>

einer schwierigen Phase jemanden aufzustellen, der mit „Klarer Kante“ agiert. Ich denke nicht, dass er selbst es war, der dies unbedingt noch wollte. Vielmehr wird es wohl der Bundesvorstand und die Basis gewesen sein, die in dazu bewegen wollte. Müntefering hat die SPD wieder aus dem Klammergriff der CDU befreit. Leider hat dies aber nicht den gewünschten Wahlerfolg gebracht.

Das politische Signal, das Matthias Platzeck und Kurt Beck in ihrer kurzen Amtszeit gesetzt haben, kann jedoch im Hinblick auf die innerparteilichen Debatten nicht hoch genug eingeschätzt werden. Insofern hat der häufige Wechsel des SPD-Vorsitzes zwar in der Öffentlichkeit für Schlagzeilen gesorgt die unangenehm waren, war aber notwendig für die Neuorientierung der Partei nach der Niederlage bei den Bundestagswahlen im Jahr 2005.

Da sich die SPD gerade so fundamental inhaltlich und organisatorisch erneuert, sollte man mit weiteren konstruktiven Vorschlägen mithelfen. Es ist zu begrüßen, wenn das neue SPD-Präsidium jetzt paritätisch besetzt ist.²⁸ Ich denke aber auch, dass man im SPD-Vorstand das Modell einer quotierten Doppelspitze für den Vorsitz diskutieren sollte. Das wäre eine Erneuerung der Parteistruktur, die fortschrittlich ist. Während die Linkspartei bisher an einer überholten Ost-West-Quotierung festhält und sich damit in einer Vergangenheits-Debatte befindet, könnte die SPD damit öffentlich dokumentieren, dass sie sich in einem vorwärts-gewandtem Erneuerungsprozess befindet.

Auch im Hinblick auf die geringe weibliche Mitgliederzahl (mehr als 2/3 Männer)²⁹ und die Unterrepräsentanz in einigen Parteigremien wäre das sinnvoll. Der SPD-Vorsitz war bisher immer nur männlich besetzt. Ich denke mit einer Doppelspitze könnte die SPD viel wirksamer für das entscheidende Ziel eintreten, das Franz Müntefering für diese Legislaturperiode formuliert hatte: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit von Männern und Frauen. In diesem Bereich hat die CDU in der Großen Koalition geblockt und diese Regierung bisher noch keine konkreten Vorschläge gemacht. Zwar hat die Kanzlerin ihr Kabinett verändert und einen für CDU-Verhältnisse relativ moderaten Mitarbeiterkreis aufgebaut, womit sie die CDU in der Tat verändert hat, auf der anderen Seite scheint sie für eine moderne Umwelt-, Wirtschafts-, Familien- und Sozialpolitik in der eigenen Fraktion keine Mehrheit zu haben.

Ich denke Klaus Wowereit liegt richtig, wenn er sagt, dass die SPD nun wieder die Führung und die Meinungsführerschaft für die drängendsten gesellschaftlichen Fragen wieder übernehmen muss³⁰: Nachhaltigkeit, Klimaschutz, Organisation von Pflege und Gesundheit, demografischer Wandel, Stadtpolitik, mehr soziale Gerechtigkeit. Hier will die SPD die Zukunft gestalten und an konstruktiven Vorschlägen gibt es keinen Mangel. Ich denke die Bundestagsfraktion muss jetzt konsequente Opposition betreiben und dabei mit direkter Kritik an die Kabinettsmitglieder und die Kanzlerin operieren. Innerhalb der Koalition ist die CDU in einer schwachen Position, denn sie hat außer schwarz-gelb keine andere Koalitionsoption mehr und im Wahlkampf hat die FDP bereits auf geschickte Weise Wähler der Union an sich gebunden. Es gibt also keinen Grund daran zu zweifeln, dass die nächste Regierung wieder

28 Kai Doering/Gero Fischer: „Ein gutes Signal“, Elke Ferner im Interview, vorwaerts.de vom 14.11.2009, online unter: <http://www.vorwaerts.de/artikel/ein-gutes-signal>

29 SPD Mitgliederbestand, Stichtag 31.10.2009, online unter: http://www.spd.de/de/pdf/mitglieder/091031_Mitgliederbestand.pdf

30 Kai Doering/Gero Fischer: „SPD muss die Führung übernehmen“, Klaus Wowereit im Interview, vorwaerts.de vom 15.11.2009, online unter: <http://www.vorwaerts.de/artikel/spd-muss-die-fuehrung-uebernehmen>

Wir Sozialdemokraten wollen mehr Demokratie wagen

von Sozialdemokraten gebildet wird, vielleicht sogar schon vor 2013.

SPD auf dem Weg zur Solidarischen Moderne?

Michael Frank, 13. März 2010 www.michael-frank.eu

Vor kurzem hat sich der Verein Institut Solidarische Moderne gegründet und ich hatte überlegt, ob man als linker und sozialer Demokrat da mitmachen kann. Das kann man, wenn man es sich leisten kann. Aber für ein paar idealistische Phrasen im Gründungsaufwurf gleich 100 Euro im Jahr Richtbeitrag. Wofür eigentlich?

Wenn ich die Gründungsmitglieder sehe, gehe ich davon aus, dass einige davon sich bereits jetzt von anderen instrumentalisiert fühlen und ich denke, manch einer will schon wieder weg. Was sich da so alles modern nennt, aber noch nicht wirklich sozialdemokratisch sein kann, sind die reaktionären Agitprop-Sekten Marx21 und Antikapitalistische Linke. Für mich sind sie nichts weiter als ideologische Relikte aus dem letzten Jahrtausend, die sich als Symbiose hier zeigen zwischen einer reaktionären theoretischen Blase und Opportunisten und Karrieristen, die mit einer Heilsideologie Gutmenschen ausnutzen, um Macht und Geld zu erlangen.

Kritische Stimmen gab es auch bereits aus den Reihen der Grünen. So nannte der Bundestagsabgeordnete Alexander Bonde es in der FAZ das „Ypsilanti-Institut für angewandte Kuba-Wissenschaften“ und fügte hinzu: „Die Initiative geht in die schwarz-gelbe Falle und versucht, ein überkommenes Lagerdenken zu reaktivieren.“ Die alte Lagerlehre mit einem „linken Block“ und zu „Projekten“ aufgeladenen Bündnissen „stabilisiert nur Merkel/Westerwelle, statt ihre schnellstmögliche Ablösung voranzubringen“.³¹

Es scheint auch mir eine seltsame Zusammenstellung zu sein, wenn (post-)Stalinisten, (neo-)marxistische Dauer-Kritiker, pseudo-linke Opportunisten und Gesinnungsethiker zusammen mit idealistischen Gutmenschen ein Institut gründen. Macht eher den Eindruck eines Komsomol-Instituts. Ein wahres Gruselkabinett.

Man könnte auch sagen: Bukharin-Institut für moderne Agitpropaganda. Diese Erkenntnis löst nun zweierlei Gefühle in mir aus: Einerseits würde ich da gerne mit machen, denn ein bisschen Kritik durch quer denken und wühlen zu einigen Themen kann vielleicht gar nicht schlecht sein, um neue Forschungsergebnisse zu gewinnen, andererseits sehe ich die Zusammensetzung und befürchte, dass es dazu nicht mal kommen wird. Vielleicht überrascht uns das Institut aber bald doch nochmal mit einigen präzisen politischen Vorschlägen oder Beiträgen.

Ich befürchte jedoch, sobald die bolschewistischen Sekten ihre Kader nachziehen, werden sie dieses Institut majorisieren, bis letztlich alle nur noch damit beschäftigt sind Marx zu paraphrasieren, so wie der Hochschulverband Linke.SDS und viele Mitglieder der Linksjugend/solid es mit der Kapital-Lesekampagne vorgemacht haben. Dabei werden dann die Wissenschaftler nur instrumentalisiert für Propagandazwecke von Extremisten, so wie Marx21 es vormacht.

31 Mechthild Küpper: Linke Denkfabrik: „Ypsilanti-Institut für angewandte Kuba-Wissenschaften“, faz.net vom 01.02.2010, online unter: <http://www.faz.net/s/Rub594835B672714A1DB1A121534F010EE1/Doc~E0EC99B9A663F405AA32DBE797554C59C~ATpl~Ecommon~Scontent.html>

Wer als SPD-Mitglied da noch mitmacht, kann für mich kein Linker sein, sondern ist reaktionär und damit rechts und sollte wissen, er sitzt da auch mit den reaktionärsten Altkadern des MfS und den Opfern ihrer Suggestion und Manipulation an einem Tisch und finanziert sie auch noch mit. Ich denke, wer sich dafür einspannen lässt, führt bereits wieder die Anweisungen von kommunistischen Hardlinern aus, anstatt mit den Reformern zu verhandeln. Präzise ausgedrückt: Man könnte fast behaupten, dass diese reaktionären Alt-Kommunisten bereits mit entschieden haben, als hier Wolfgang Clement wegen einer Meinungsäußerung das Parteibuch abgenommen wurde.

Ich frage mich: Was will eine Volkspartei wie die SPD denn mit diesen Sekten gewinnen? Wenn man weiß, dass attac, was selbst eine extremistische Organisation ist, bereits massiv unterwandert ist von Marx21-Kadern, deren Vorgängerorganisation Linksruck eine Abhör- und Agitprop-Sekte war, die von der SED zur Auslandsspionage genutzt wurde, dann weiß man auch, was man von diesen Leuten politisch zu halten hat. Nichts! Nur Phrasen von Ideologen.

Wenn man sich dazu die Schriften ansieht, die die Köpfe von Marx21, attac und die Antikaps so veröffentlichen, weiß man auch was hier „wissenschaftlich“ geleistet wurde. Nämlich nichts weiter als das Einsammeln von allen Paraphrasen des Marxismus-Leninismus, die es seit 1945 gibt. Bisweilen kann das eine angenehme Lektüre sein um am schlechten Beispiel etwas Vernunft und Rhetorik zu üben, auf der anderen Seite ist dies auch zum Aufhetzen geeignet und bietet keine wirklichen Problemlösungen an. Viele der Grünen, die da mitmachen würde ich eher dem Fundi-Flügel zurechnen und durch ihren Realitätsverlust sind sie derart verblendet, dass sie der Stasi noch helfen in die SPD einzudringen.

Wenn man vor hat eine Einheitsfront zu bilden, kann das Institut Solidarische Moderne jedoch für Gesinnungsethiker eine gute Form einer „sozialistischen Ökumene“ sein, auf die man allerdings aufpassen muss. Aufpassen darauf, dass hier die alten Hardliner, die bei Marx21, der SAV, der Antikapitalistischen Linken und Kommunistische Plattform noch immer Strippen ziehen wollen, nicht noch Erich Mielke exhumieren, um darauf aufzupassen, dass alle auch linientreu sind und bleiben. Aber ich will nicht allzu (selbst-)kritisch sein. Vielleicht mach ich ja da doch nochmal mit, wenn es sich etabliert und vom Staub aus der ideologischen Mottenkiste befreit hat. Derzeit ginge das wohl nur mit einer eigenen Sekte, vielleicht Thälmann als Ikone und ein bisschen Bakunin als anarchistische Ideologie.

Eine Regierungsbildung auf Bundesebene mit Mitgliedern dieser (post-)stalinistischen Sekten halte ich für unmöglich und potentiell gefährlich, weil die eigene Wollensbasiertheit, die bei der politischen Wirkung ihrer Mitglieder zutage tritt dazu führt, dass ihnen der Blick versperrt wird für die Konsequenzen ihrer eigenen Naivität. Sie sind extremistisch, demokratiefeindlich und eine Gefahr für die innere und äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland.

Für mich ist unverständlich, dass auf der einen Seite eine Koalitionsbildung in Thüringen nicht angestrebt wurde, auf der anderen Seite aber die SPD eine Öffnung hin zu (post-)stalinistischen Positionen vollzieht. Eine an den Lebensrealitäten orientierte Volkspartei, die die Mehrheit erlangen will, müsste anders aussehen, denn für jeden Sektierer, den man hier vermeintlich(!) am linken Rand gewinnt, verliert man mehrere in der Mitte der Gesellschaft für eine sozialere Politik. Letztlich schadet das den BürgerInnen, aber auch den

Reformern in der Linken. Grotesk, dass ein Teil der SPD-„Linken“ hier den reaktionären Flügel der Linkspartei stark macht. Ich befürchte: Diese Form der Zusammenarbeit zieht lediglich Unzufriedene an, deren Erwartungen dann enttäuscht werden und wird zu einer Brutstätte für Extremisten aller Couleur.

Die Ratlosigkeit der anderen SPD-Mitglieder ob dieser Hinwendung eines Flügels hin zu Splittergruppen sieht man vor allem daran, dass der Ruf nach Helmut Schmidt laut wird. Aber was soll selbst ein „Macher“ denn machen, wenn ein Teil der Basis lieber mit reaktionären Gesinnungsethikern und Linksfaschisten verhandelt, anstatt mit den Reformern?

Während die Linke in den ostdeutschen Landesverbänden eine weitgehend an den Bedürfnissen der Menschen orientierte links-sozialdemokratische Volkspartei geworden ist und Regierungsfähigkeit zusammen mit einer wieder stärker werdenden Sozialdemokratie beweist, ist sie im Westen weitestgehend eine Splitterpartei. Und: Die West-Linken Ideologen in der SPD diskutieren offenbar lieber mit den alten Außenagenten des MfS, anstatt mit den Reformern die Regierungsbildung vorzubereiten, so wie es uns hier Matthias Platzeck, Klaus Wowereit und Harald Ringstorff allen demonstriert haben. Hier ist eine historische Form der Versöhnung geschehen, die durch die Regierungszusammenarbeit in Brandenburg nochmal deutlich dokumentiert wurde.

Es bleibt skurril, auf der einen Seite hat die SPD-Führung die Öffnung für Regierungsbildungen mit der PDS gegen den Mehrheitswillen der Bevölkerung in Ostdeutschland lange Zeit blockiert, was für mich immer schon falsch war. Auf der anderen Seite wird mit stalinistischen Splintern in Hessen trotz anderer Wahlkampfaussagen eine Koalitionsbildung forciert. Für mich völlig unverständlich und es zeigt, dass es hier nicht um Inhalte, sondern nur um Macht ging.

Deshalb ist es richtig: Wo im Westen LINKE drauf steht, und dem Wähler durch eine professionelle bundesweite Marketing-Kampagne suggeriert wird, es handle sich hier um eine moderne Partei, ist dann auch noch mal Lenin, Trotzki und Stalin drin und Marx sowie seine modernen Nachfolger und Rezipienten sind sakrosankt. Man sieht die Propaganda dieser Sekten beispielhaft an Marx21, der SAV und der Antikapitalistischen Linken. Sie arbeiten alle mit den Mitteln der Agitation, Demagogie, Suggestion und Manipulation, genauso wie es schon Lenin seinen Komsomolzen befohlen hat, sind elitär und zentralistisch organisiert und autoritär im Denken und Handeln, weil die meisten ihrer Anhänger (neo-)marxistische Scholastiker oder Idealisten sind, die, weil sie nur von einer Theorie abstrahieren, lediglich zu moralisierenden Werturteilen fähig sind und die Führungsebene der Komsomole nie wirklich gewechselt hat. Die Wissenschaftler, die hier beteiligt sind, verfolgen fast ausschließlich einen normativ-ontologischen Ansatz, seltener einen kritisch-dialektischen und der empirisch-analytische Ansatz wird völlig außer Acht lassen. Das verwundert auch nicht, denn würden sie die Empirie und die Statistik zu Rate ziehen, wären die meisten ihrer Theoreme sehr schnell brüchig und falsifizierbar und sie könnten sie nicht mehr für Propaganda nutzen.

Durch geschickte Kommunikation nach außen und innerhalb der Partei hat es Lafontaine geschafft, sich mit einem ideologischen Eier-Tanz auf diesen alten Agitprop-Sekten zu profilieren, während ihn die Reformer aus Gründen des Gesamterfolges weiter getragen haben. Sein Rückzug jetzt ist konsequent, denn wenn man bereits die Basis fürchten muss, weil man zu viel provoziert hat, sollte man den Streit den anderen überlassen, vielleicht ist er

ja produktiv. Aber ob das Institut Solidarische Moderne wirklich ein Fortschritt dafür ist, darf man bezweifeln. Ich befürchte, dass hier zum Nachteil des Gesamterfolges der Sozialdemokratie agiert wird. Furchtbar wäre es, wenn man das auch noch aus der SPD heraus finanziell unterstützt.

Dennoch wird dieses „Institut“ einmal historisch interessant sein, schon alleine dadurch, welche personellen und ideologischen Querverbindungen sich da auftun, denn hört man sich die radikale Propaganda an, die Lafontaine als Parteivorsitzender der Linken abgeliefert hat, so muss man sich wirklich schon langsam fragen, in was der Mann alles involviert war, als die Mauer noch stand.

Zur Landtagswahl in NRW

Michael Frank vom 5. Mai 2010, www.michael-frank.eu, URN urn:nbn:de:0275-2010040110

Am 9. Mai finden die enorm wichtigen Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen statt. Die Wahlumfragen zeigten in den letzten Tagen und Wochen folgende Ergebnisse:

Wenn am nächsten Sonntag Landtagswahl wäre ...

Institut	Quelle	Befragte	Datum	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	LINKE	Sonstige
Emnid	Bild am Sonntag	1.033 21.04.–29.04.	02.05.2010	38 %	33 %	11 %	8 %	6 %	4 %
Forschungsgruppe Wahlen	ZDF	1.080 27.04.–29.04.	30.04.2010	35 %	33,5 %	11 %	8,5 %	6 %	PIRATEN 3 % Sonst. 3 %
Infratest dimap	ARD	1.000 27.04.–29.04.	29.04.2010	37,5 %	33 %	12 %	7,5 %	5,5 %	4,5 %
Forsa	stern	1.004 19.04.–23.04.	28.04.2010	39 %	33 %	10 %	7 %	6 %	5 %
Emnid	Focus	1.038 12.04.–20.04.	24.04.2010	38 %	34 %	11 %	8 %	6 %	3 %
OmniQuest	Kölnischer Stadt-Anzeiger	1.000 19.04.–22.04.	23.04.2010	37,5 %	36,8 %	12,8 %	5,1 %	4,8 %	2,9 %
Forsa	stern	1.009 12.04.–17.04.	21.04.2010	38 %	34 %	9 %	8 %	6 %	5 %
Forsa	stern	1.003 06.04.–09.04.	14.04.2010	39 %	34 %	11 %	6 %	5 %	5 %
Infratest dimap	WDR	1.000 07.04.–10.04.	11.04.2010	38 %	34 %	12 %	7 %	6 %	3 %
GMS	Sat.1	1.002 05.04.–06.04.	09.04.2010	39 %	32 %	12 %	7 %	6 %	4 %

Abbildung 2: <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/nrw.htm>

Bei den letzten Landtagswahlen kam die CDU auf 44,8 %, die SPD auf 37,1 %, Grüne 6,2 %, FDP 6,2 %, Sonstige 2,6 %. Die sich noch neu formierende Linke in Form des WASG und die PDS waren marginal.³²

Man kann also anhand der Umfragen unschwer erkennen, dass die CDU mehr als 5 Prozentpunkte verloren hat. Dafür sind die Grünen (+5%) etwas stärker geworden und die FDP ist solide bei leichter Tendenz nach oben. Die Beliebtheitswerte der SPD sind scheinbar zugunsten der Linkspartei etwas nach unten gegangen, jedoch scheint ein Regierungswechsel durchaus möglich.

Die Frage, ob DIE LINKE in den Landtag einzieht ist noch offen, denn ist die Wahlbeteiligung höher als erwartet, so könnte es sein, dass sich der Abwärtstrend der Linken auf Bundesebene in NRW bemerkbar macht. Gelingt es der SPD die noch unentschlossenen Wechselwähler kurzfristig auf ihre Seite zu ziehen, wäre es möglich, die Regierungsverantwortung zusammen mit den Grünen allein zu übernehmen.

Die politischen Inhalte sind ein deutliches Kontrastprogramm zur CDU/FDP-Regierung unter Jürgen Rüttgers. So stellt die Spitzenkandidatin Hannelore Kraft ihre Politikziele in Kürze wie

³² <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/nrw.htm>

folgt vor:

„Wir haben den Mut, einen politischen Schwerpunkt auf den Bereich Kinder, Familien und Bildung zu legen. Seit 2005 hat die SPD-Fraktion jedes Jahr in den Haushaltsberatungen dargelegt, dass wir in Nordrhein-Westfalen durch Umschichtungen im Landesetat rund 400 Millionen Euro mehr für Kinder, Familien und Bildung ausgeben könnten. Zu Lasten einer Fülle von einzelnen Sparmaßnahmen, vom Verzicht auf hochbezahlte Stellen in der Staatskanzlei, Streichung von superteuren Repräsentationsveranstaltungen des Ministerpräsidenten bis zur Kürzung bei den Landwirtschaftskammern. Damit könnten wir das letzte Kita-Jahr gebührenfrei machen, den Ganzttag weiter aufbauen, und zwar mit einem warmen Mittagessen, und die Betreuung in den Kitas verbessern. Für den ersten Schritt bei der Abschaffung der Studiengebühren können wir Teile des Ausgleichsfonds nutzen, der bei der NRW-Bank liegt. Wir sagen aber auch: Wir sind nicht die Steuersenkungspartei. Wenn sich die FDP in Berlin mit ihren weiteren irrsinnigen Steuersenkungsplänen von 16 Milliarden Euro durchsetzt, heißt das für NRW ein Minus von weiteren 1,6 Milliarden Euro jährlich. Wir sagen offen, wir wollen eine Anhebung des Spitzensteuersatzes um zwei Prozent für die Bildung, die sogenannte Reichensteuer. Wir wollen wieder die Vermögenssteuer, und wir fordern eine Finanzmarktsteuer, die allein 20 Milliarden Euro im Jahr bringt, davon ein beträchtlicher Teil für NRW.“³³

Das ist genau die erfolgreiche Politik, die auch hier in Berlin, in Brandenburg und in anderen Bundesländern von der SPD umgesetzt wird. Außerdem wird auch im Hochschulbereich noch einiges verbessert werden:

„Wir werden die Studiengebühren abschaffen, aber wir werden den Hochschulen das Geld belassen. Diese Zusicherung haben die Hochschulen von mir. Deshalb wäre es auch unrealistisch zu sagen, das geht alles auf einen Schlag. Wir werden noch in diesem Jahr den Beschluss zur Abschaffung treffen und 2010 eine erste spürbare Senkung der Studiengebühren vornehmen. Wir versprechen, die Studiengebühren bis zur Mitte der Legislaturperiode auf null zu bringen.“³⁴

Dies entspricht den Forderungen der meisten Studenten und würde eine Verbesserung der Forschung und Lehre bedeuten. Auch in der Bildungspolitik sollen Akzente neu gesetzt werden:

„Nach der Grundschule ermöglichen wir auch in der Gemeinschaftsschule längeres gemeinsames Lernen bis mindestens zur 7. Klasse. Danach kann es gemeinsam weitergehen wie heute in Gesamtschulen, oder es kann in Haupt-, Real- oder Gymnasialklassen eingeteilt werden – aber unter einem Dach. Dadurch ermöglichen wir wieder Durchlässigkeit und schaffen mehr Aufstiegsmöglichkeiten durch Bildung.“³⁵

In meinen Augen ist ein Wechsel der Landesregierung längst überfällig. Die CDU steht auf der Bremse bei der Wissenschafts- und Forschungspolitik, bei der Bildungspolitik und die Wirtschaftspolitik von Jürgen Rüttgers hat NRW genauso in die finanzielle Krise gebracht wie der von Eberhard Diepgen geführte Senat in Berlin. Es wird höchste Zeit dafür, dass ein

33 http://www.nw-news.de/owl/3526520_Kraft_Ich_moechte_nicht_mit_den_Linken.html?cnt=3526520

34 http://www.nw-news.de/owl/3526520_Kraft_Ich_moechte_nicht_mit_den_Linken.html?cnt=3526520

35 http://www.nw-news.de/owl/3526520_Kraft_Ich_moechte_nicht_mit_den_Linken.html?cnt=3526520

Wechsel hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit überall stattfindet. Meines Erachtens geht das nur mit einer noch stärkeren SPD. Ich denke, dass bei vollem Engagement in Nordrhein-Westfalen auch sogar noch 40% der Stimmen machbar wären, was eine Koalition zwischen SPD und Grünen ermöglichen würde. Der SPD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag Frank-Walter Steinmeier beschreibt die Situation wie folgt:

„In NRW ist das Rennen offen, so viel ist klar. Schwarz-Gelb hat nach den aktuellen Umfragen in NRW keine Mehrheit mehr. Die SPD in NRW ist deshalb gut beraten, für sich zu kämpfen. Und wer dann am Wahlabend mit uns koalieren will, wird sich schon melden. Da rate ich zur Gelassenheit.“³⁶

Mit der Linken in NRW kann man meines Erachtens als Sozialdemokratie keine Koalition bilden. Ich denke auch, dass noch gute Chancen bestehen, dass die WählerInnen davon überzeugt werden

auf ihre Stimmabgabe für die Linkspartei zugunsten der SPD zu verzichten, damit dem Landtag in NRW eine Renaissance der SED erspart bleibt, denn DIE LINKE NRW besteht weitestgehend aus stalinistischen Sekten und gleichgeschalteten Ideologen.

Die alten Professoren hetzen die Studenten mit voluntaristischer Ideologie gegen das System auf. Norman Paech, Elmar Altvater, Uwe-Jens Heuer, Frank Deppe, Oskar Negt und alle möglichen anderen wissenschaftlichen Kader der alten KPD/DKP/SED die den SDS neu entwerfen. Sie manipulieren die Bevölkerung und vor allem die politische Jugend mit geschickten rhetorischen Tricks und einer neuen Klassenkampf-Theorie, die dem Einzelnen die Freiheit nimmt und allen die ihr folgen die Glückseligkeit verspricht, wenn sie nur an das Richtige glauben.

Es gibt zahlreiche Quellen, mit denen man belegen kann, wie faschistisch und reaktionär diese Altkader immer noch sind, weil jede totalitäre Theorie sich und seine Absichten immer selbst verrät. Alles Kommunisten aus der DKP und die Ideologen der Stasi. DIE LINKE. NRW ist eine antidemokratische Kaderpartei. Die (post-)stalinistischen Dogmen der alten Komsomole müssen fallen. Sie müssen ideologisch zerschlagen werden. Und wenn die Manipulation der Bevölkerung nicht aufhört und sie weiter Kader anwerben, werden sie zur neuen Avantgarde einer neuen KP, die wieder zentralistisch ist.

Viele Mitglieder der LINKEN NRW sind autoritätsgläubige Gutmenschen, autoritäre Persönlichkeiten, Gesinnungsethiker und negative Dialektiker. Sie handeln nach den Dogmen der alten Staatsideologie der SED. Auf ihnen sitzen „links“faschistische Demagogen, die Geschichtsrevisionismus und Agitation betreiben und der Rest der Linkspartei sind alles Opportunisten und Schreihälse, die mit ihren Mitgliedern immer noch Indoktrination betreiben und nur egoistische Eigeninteressen, aber kein Programm haben. Während in Ostdeutschland die LINKE mancherorts ein verlässlicher Koalitionspartner ist, sitzen in Nordrhein-Westfalen jetzt die KP-Altkader, die alle weitermachen, als wäre die Mauer nie gefallen. Und wenn sie ihr totalitäres Menschenbild weiter an den Universitäten verbreiten, werden sie die Lehrer ausbilden, die ihre Halbwahrheiten wieder an die Kinder weitergeben. Das wird dann in jedem Fall Geschichtsrevisionismus sein und natürlich wieder regressiver Antikapitalismus, Antiimperialismus und Antizionismus, wobei letzterer eine Form des Antisemitismus nach Auschwitz ist.

36 http://www.rp-online.de/politik/Das-Rennen-in-NRW-ist-offen_aid_794747.html

Ich denke mit diesen (post-)stalinistischen Eigenkreationen, wie Linksruck/Marx21, SAV, Rotfuchs, Antikapitalistische Linke, Kommunistische Plattform, DKP und MLPD-Aktivisten darf man nicht kooperieren oder überhaupt diskutieren, sonst manipulieren sie auch wieder die SPD.

Für mich ist es eine historische Tatsache, dass die SPD von diesen alten Agitprop-Sekten durch das MfS abgehört wurde. Ich denke auch, dass es in der CDU solche kreationistischen Gruppierungen gab um politische Spionage zu betreiben. Wie gefährlich und gewalttätig diese Ideologen und Gutmenschen sein können, sieht man an den hasserfüllten antisemitischen Demonstrationen, die auch in NRW, ebenso wie in Berlin stattfanden und gegen Israel gerichtet waren. Hier treffen sich die Antidemokraten: Neonazis, „links“faschistische Kommunisten und Islamistische Gewalttäter. Es besteht die Gefahr, dass über DIE LINKE. NRW auch islamistische Positionen ins Parteiensystem einziehen.

Es wird von Seiten der Kommunisten zum Teil immer noch mit Spionage-Techniken gegen die SPD gearbeitet und in der Linkspartei wird wie selbstverständlich mit bolschewistischen Methoden in der Partei operiert, weil die alten Professoren und ihre Mitarbeiter aus der SED/PDS/LINKEN, die die Stasi hier im Westen alle gekauft hat, negative Dialektiker und bornierte „links“faschistische Ideologen sind und immer noch die Theorie eines Gesellschaftssystems der Unfreiheit vertreten. Sie sind reaktionäre vulgär-Marxisten, Beton-Stalinisten und man kann sie mit Karl Marx und dem Kommunistischen Manifest widerlegen.

Ich bezweifle auch weiterhin die Sinnhaftigkeit der Theorien von diesen ganzen Gesinnungsethikern und Para-Wissenschaftlern dort, weil sie mit einer Heilsideologie die Menschen immer noch unterdrücken und für dumm verkaufen, und zwar mit der Ideologie, die die Menschen alle in eine Zone gesperrt hat.

Wer eine antidemokratische geschlossene philosophische Theorie vertritt, die bei totalitärer Machtausübung Millionen von Menschen ins Gulag gebracht hat, ist reaktionär. DIE LINKE. NRW reiht alle diese Dogmatiker auf. Das sind alles Kommunisten, die immer noch den „Neuen Menschen“ formen wollen und sie wollen die neue Form der „Avantgarde des Proletariats“ sein, obwohl sie selbst konservative Bourgeoisie-Sozialisten bis feudal-aristokratische Sozialisten sind, die Karl Marx und Friedrich Engels schon im Kommunistischen Manifest benannt haben:

„Auf diese Art entstand der feudalistische Sozialismus, halb Klagelied, halb Pasquill, halb Rückhall der Vergangenheit, halb Dräuen der Zukunft, mitunter die Bourgeoisie ins Herz treffend durch bitteres, geistreich zerreißendes Urteil, stets komisch wirkend durch gänzliche Unfähigkeit, den Gang der modernen Geschichte zu begreifen.

Den proletarischen Bettelsack schwenkten sie als Fahne in der Hand, um das Volk hinter sich her zu versammeln. Sooft es ihnen aber folgte, erblickte es auf ihrem Hintern die alten feudalen Wappen und verlief sich mit lautem und unehrerbietigem Gelächter.“³⁷

In Wahrheit brauchen die Altkommunisten der Linkspartei nur sich und nicht das Proletariat, dessen Vorhut sie erneut sein wollen. Das ist es, was die Stasi-Ideologen können: Nach vorne

37 http://www.mlwerke.de/me/me04/me04_459.htm

das Schwert und nach hinten das Schild. Ein Schild, das funktioniert wie ein Abhörapparat, weil die Partei-Strukturen noch immer zentralistisch sind. Auch hier wiederum haben Marx und Engels diesen kleibürgerlichen Sozialismus gut beschrieben:

„Dieser Sozialismus zergliederte höchst scharfsinnig die Widersprüche in den modernen Produktionsverhältnissen. Er enthüllte die gleisnerischen Beschönigungen der Ökonomen. Er wies unwiderleglich die zerstörenden Wirkungen der Maschinerie und der Teilung der Arbeit nach, die Konzentration der Kapitalien und des Grundbesitzes, die Überproduktion, die Krisen, den notwendigen Untergang der kleinen Bürger und Bauern, das Elend des Proletariats, die Anarchie in der Produktion, die schreienden Mißverhältnisse in der Verteilung des Reichtums, den industriellen Vernichtungskrieg der Nationen untereinander, die Auflösung der alten Sitten, der alten Familienverhältnisse, der alten Nationalitäten.

Seinem positiven Gehalte nach will jedoch dieser Sozialismus entweder die alten Produktions- und Verkehrsmittel wiederherstellen und mit ihnen die alten Eigentumsverhältnisse und die alte Gesellschaft, oder er will die modernen Produktions- und Verkehrsmittel in den Rahmen der alten Eigentumsverhältnisse, die von ihnen gesprengt wurden, gesprengt werden mußten, gewaltsam wieder einsperren. In beiden Fällen ist er reaktionär und utopisch zugleich. Zunftwesen in der Manufaktur und patriarchalische Wirtschaft auf dem Lande, das sind seine letzten Worte.“³⁸

Und man wird wieder sehen, dass er sich im Sande verläuft, was auch gut so wäre. Und ihre eigenen Propheten Karl Marx und Friedrich Engels haben sie bereits widerlegt:

„In ihrer weiteren Entwicklung hat sich diese Richtung in einen feigen Katzenjammer verlaufen“³⁹

Die WählerInnen in NRW sollten schnell von der Linken dort weglaufen, in sich gehen und prüfen, ob diese reaktionären „links“faschistischen Hardliner wirklich dieses wichtige Bundesland mitregieren sollen, das das richtigrote Herz der deutschen Sozialdemokratie immer war, ist und bleiben wird. Ohne die Linkspartei am Bein, kann die SPD viel mehr für die BürgerInnen in NRW erreichen, als mit einer eigensinnigen Bremser-Partei, die in diesem Landesverband nichts weiter als eine reaktionäre kommunistische Kaderpartei ist.

Der regressive Antikapitalismus der hier vertreten wird ist eine postmoderne Klassenkampfideologie und ein Relikt der Stamokap-Theorie und würde für die alten Auslandskader des MfS zur „cash cow“, wenn DIE LINKE. in Nordrhein-Westfalen ins Landesparlament einzieht. Diese Ideologie ist extremer Rassismus, der lediglich die Bevölkerung aufhetzt und für andere verfassungsfeindliche Ziele einzuspannen versucht, die die militärische Sicherheitslage der BRD und der Europäischen Union gefährden.

Die SPD muss allein stark genug werden, um eine Regierung ohne die LINKE zu bilden, weil es sich bei der NRW-Linken nicht nur um eine Chaos-Truppe handelt, wie Frank-Walter Steinmeier zurecht sagt⁴⁰, sondern um einen Haufen von staatsfeindlichen reaktionären stalinistischen Splittergruppen, die nur Ideologie verbreiten und keinerlei Lösungskonzept

38 http://www.mlwerke.de/me/me04/me04_459.htm

39 http://www.mlwerke.de/me/me04/me04_459.htm

40 http://www.rp-online.de/politik/Das-Rennen-in-NRW-ist-offen_aid_794747.html

haben.

Das Landtagswahlprogramm der SPD hingegen ist sozial und modern und es enthält diejenigen Programmpunkte, die auch von der durch Klaus Wowereit geführten rot-roten Landesregierung in Berlin erfolgreich umgesetzt werden. Moderne Finanz- und Wirtschaftspolitik, neue Konzepte in der Bildungspolitik und eine gerechte Sozialpolitik. Meines Erachtens gibt es keinen rationalen Grund in NRW mit der Linken den Wolf im Wolfspelz zu wählen, wo doch die SPD in ihrem mitgliederstärksten Landesverband die kompetentesten Konzepte für die Zukunft hat.

Verbraucherrechte stärken!

Michael Frank, www.michael-frank.eu vom 11. Juli 2010

Ebenso wie kleine oder mittlere Unternehmer, ist auch der private Verbraucher im Alltag mit Problemen konfrontiert. Verträge mit Herstellern, Händlern und Dienstleistern gehören zur Normalität. Bei kleinen und großen Einkäufen, beim Fleischer, im Supermarkt, im Internet, am Telefon, erwarten die Menschen gute Ware für gutes Geld. Sie wollen Beratung, faires Geschäftsverhalten und zuverlässige Informationen.

Die Abwicklung von Rechtsgeschäften erfolgt jedoch nicht immer reibungslos. Das kann beim Kauf eines neuen Haushaltsgerät, bei der Kreditaufnahme für den Pkw oder bei der Beauftragung eines Handwerkers oder dem Vertragsabschluss in einem Reisebüro der Fall sein.

Typische Probleme die auftreten können sind: Mängel an der Ware, Produkte, die nicht dem Angebot entsprechen, oder Angebote, die sich als Verkaufstrick entpuppen. Diesen Situationen sind Verbraucherinnen und Verbraucher nicht schutzlos ausgeliefert. Gesetze, Regelungen und Richtlinien gewähren für diese Fälle den erforderlichen Verbraucherschutz. In komplizierten oder strittigen Rechtsfragen empfiehlt es sich stets, fachliche Rechtsauskunft einzuholen.

Sozialdemokratische Politik muss Verbraucherrechte stärken und vor allem Privatpersonen schützen, weil Verbraucher und Kleinunternehmer gegenüber den Herstellern und Vertreibern von Waren und gegenüber Dienstleistungsanbietern strukturell unterlegen sind. Durch mangelnde Fachkenntnis, Information und/oder Erfahrung sind Verbraucher benachteiligt. Dieses Ungleichgewicht muss ausgeglichen werden. Das Treffen bewusster Verbraucherentscheidungen hängt also davon ab, ob Informationen über das Produkt für Verbraucher verfügbar und für diesen transparent sind. Faire Preise, transparente Regeln und sinnvolle Kennzeichnung der Produkte braucht es in allen Handelsbereichen:

Schutz vor "Abzocke" mit überteuerten Handy-Diensten, klare Kriterien bei langfristigen Anlageangeboten z.B. in der Altersvorsorge oder eine exakte Kennzeichnung von gentechnisch-veränderten Lebensmitteln sind nur einige Beispiele, in denen die Rechte der Verbraucher weiter gestärkt werden müssen. Außerdem sollte eine Ampelkennzeichnung bei Lebensmitteln eingeführt werden.

Verbraucherpolitik ist ein untrennbarer Bestandteil einer modernen Wirtschaftspolitik. Den Verlockungen der Werbung und der Marktmacht der großen Anbieter muss der informierte und selbstbewusste Kunde entgegengesetzt werden.

Vorsorgender Verbraucherschutz muss Verbraucherinnen und Verbrauchern umfassende Rechte auf Information und Transparenz einräumen, die Rechte der Verbraucherverbände ausweiten und die Verbraucherpolitik sozial gerecht gestalten. Dabei ist eine Zielgruppenorientierung wichtig, die vor allem einkommensschwache, bildungsferne oder unerfahrene Verbraucherinnen und Verbraucher unterstützt und auf gesonderte Probleme der Migranten Rücksicht nimmt.

Regierungsbildung in Nordrhein-Westfalen

Michael Frank, www.michael-frank.eu vom 13. Juli 2010

Nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen konnte man in den Medien den Machtpoker um die neue Regierung beobachten. CDU und SPD haben die gleiche Zahl an Abgeordneten. Hannelore Kraft wagt für die SPD die Kandidatur, während Jürgen Rüttgers sich bereits zurückgezogen hat.

Rot-Grün fehlt nur eine einzige Stimme für eine Mehrheit, sowohl bei der Personenwahl jetzt, als auch bei jeder folgenden Entscheidung. Dass es keinen Koalitionsvertrag mit der LINKEN geben konnte, zeigten die Verhandlungspositionen dieser Partei, weil man sich dort auf Geschichtsrevisionismus und Behauptungen beschränkte, waren ernsthafte Ergebnisse nicht möglich.

Wenn man glaubt, nur weil die LINKE ankündigte die SPD-Kandidatin mitwählen zu wollen, sei sie zu einer normalen Partei geworden, so denke ich, ist das naiv im Hinblick auf die Bundestagsdelegation des Landesverbandes der LINKEN NRW. Soviel ist klar: Es müsste in NRW eher weiter beobachtet werden, als der Stasi auf den Ministersessel zu helfen. Und im Hinblick auf reaktionäre Propaganda ist es dringend angeraten weiter den Verfassungsschutz arbeiten zu lassen. Es kann nicht sein, dass die letzten Reaktionären für ihre Agitation auch noch aus der Staatskasse bezahlt werden, dafür, dass sie weiter indoktrinieren dürfen. Demnach gibt es nur zwei mögliche Lösungen: Neuwahlen oder Minderheitsregierung. SPD und Grüne stehen im Moment geschlossen da.

Die FDP entzieht sich der Verantwortung, wo doch die Linkspartei NRW eine Gefahr ist. Sollte es zu Neuwahlen kommen, steht für die CDU anstelle des bereits abgetretenen Jürgen Rüttgers offenbar der ehemalige Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales Karl-Josef Laumann in den Startlöchern. In den vergangenen Wochen buhlte die CDU auch kräftig um die Grünen. Aus Sicht des ohne Mehrheit dastehenden Rüttgers dürften es die Grünen sein, die eine Kooperation vermeiden wollen, auf der anderen Seite hat die Basis der Grünen eine Zusammenarbeit auf dem Parteitag im Vorfeld der Wahl ausgeschlossen. Es gibt also politische Lager, die zumindest im Moment nicht miteinander kooperieren wollen, aber dennoch zumindest in Koalitionsverhandlungen treten, was in der Vergangenheit nicht immer der Fall war. Damit sind die Grünen in NRW zu einem wirklich einflussreichen Machtfaktor geworden.

Ein verlässlicher Partner ist die LINKE. im Moment noch nicht und sie wird dominiert von ideologisch verblendeten Sektierern. Man kann eigentlich auch davon ausgehen, dass sich die Partei dort noch selbst zerlegt. Nur: Die Gefahr, dass man selbst dabei Schaden nimmt, war offenbar für SPD und Grüne zu hoch, als dass man sich auf einen Koalitionsvertrag eingelassen hätte. Man sieht, dass die West-Linke hier viel extremistischer ist, als die Reformer im Osten. Sie müsste ihre Organisationsform ändern, sich vom Zentralismus trennen, die verfassungsfeindliche Agitation einstellen, den Kollektivismus überwinden und die damit verbundene Indoktrination für populistische Forderungen aufgeben. Sie müsste ihre Dogmen aufgeben und ihr Geschichtsbild überprüfen. Im Moment ist die Linksfraktion in NRW ein Agitationstrupp für ihre Bundestagsdelegation. Den Bürgern wird aus rein egoistischen Machtkalkül Sand in die Augen gestreut und ihre Ideologie läuft auf einen

totalitären Staat hinaus, wie es die DDR war. Fast der komplette Landesverband besteht nur aus reaktionären Splittergruppen.

Leider zeigt sich die FDP uneinsichtig und verantwortungslos: Auf der einen Seite wird die Linkspartei von ihr scharf attackiert und die SPD für einen Linksschwenk kritisiert, auf der anderen Seite werden die Koalitionsverhandlungen blockiert. Die Linke NRW ist kein Garant für eine stabile Regierung. Wenn die FDP es zulässt, dass eine Regierung auf Stimmen der reaktionären Teile der Linken angewiesen ist, verrät sie ihre eigenen Werte der Freiheit. Es müsste eigentlich die Pflicht der Liberalen sein, den Antidemokraten und Splittern, die im Dutzend in der NRW-Linken sektieren politisch entgegenzutreten. Es müsste nur einen liberalen Abgeordneten geben, der sich seiner Verantwortung bewusst ist bei dieser historisch so wichtigen Entscheidung. Aus reiner Parteitaktik die Regierung zu blockieren, nur um später negative campaigning zu betreiben ist schäbig. Jürgen Rüttgers hat bereits das Handtuch geworfen. Wenn die FDP jetzt Hannelore Kraft als Ministerpräsidentin blockiert, sind Liberale die Steigbügelhalter für die Beton-Stalinisten der Kommunistischen Plattform und anderer Sekten.

Wenn Karl-Josef Laumann von der CDU sagt, die LINKE. hätte bereits bei den Koalitionsverhandlungen indirekt am Tisch gegessen ist das falsch, denn die LINKE. treibt ein verlogenes Spiel. Im Wahlkampf wurde mit extremistischen Parolen Stimmung gemacht, nun nähert sich die Fraktion inhaltlich an SPD-Positionen an, weil man bisher überhaupt keine eigenen Konzepte hat. Damit verrät die Fraktion bereits jetzt die eigene Parteibasis und innerparteilicher Streit ist vorprogrammiert.

SPD und Grüne haben einen Koalitionsvertrag vorgelegt, der Anknüpfungspunkte an alle demokratischen Parteien im Landtag enthält. Gerade in der Bildungs- und Wissenschaftspolitik, aber auch in der Wirtschaftspolitik gibt es Schnittmengen mit der FDP, die in diesem Landesverband ein anderes Profil hat als die Bundespartei.

Sollte es Neuwahlen geben, ist der Souverän ist das Volk, aber es sollte wachsam sein, denn die NRW-Linke ist näher bei Stalin, Trotzki, Mao und Fidel Castro, als bei Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht oder Hugo Haase. Während erstere vier Schlächter der Menschheit waren, waren die letzteren drei ideologisch verblendete Gutmenschen und geschickte Agitatoren, die ihnen in die Hände gespielt haben.

Rot-rot in Berlin – Ein Erfolgsmodell für die Hauptstadt

Michael Frank, www.michael-frank.eu vom 24. November 2010

Im nächsten Jahr finden wieder Wahlen für das Berliner Abgeordnetenhaus statt. Dann haben die SPD und die PDS, jetzt DIE LINKE. Bereits 10 Jahre erfolgreich zusammen eine soziale Politik für die BürgerInnen gestaltet.

Für Berlin war es ein Tabubruch, dass nach dem Fall der Mauer die PDS 2001 an der Regierung beteiligt und dadurch zum Handeln gezwungen wurde. Inzwischen ist der Stimmenanteil für DIE LINKE. wieder etwas zurückgegangen, was vor allem daran liegt, dass der einstige Spitzenkandidat aus dem Jahre 2001, Gregor Gysi nach einer Pause nun weiter auf Bundesebene agiert. Die SPD liegt fast auf dem gleichen Niveau, wie es bei der Wahl 2006 und 2001 der Fall war: Um die 30 % mit Tendenz nach oben.

Der Senat unter Führung von Klaus Wowereit hat es trotz knapper Kassen und der notwendigen Sanierung des Landeshaushaltes geschafft, eine sozial ausgewogene, ökologisch nachhaltige und ökonomisch zukunftsweisende Politik zu betreiben und gleichzeitig wichtige Signale für die Bundespolitik gesetzt. Durch die Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie hat sich DIE LINKE. von einer Protestpartei hin zu einer links-sozialdemokratischen Regierungspartei entwickelt, die sich auf Kernkompetenzen und bestimmte Sachgebiete fokussiert, so zum Beispiel die Gemeinschaftsschule.

In meinen Augen gibt es auch über das Jahr 2011 hinaus keine Gründe die dagegen sprechen diese rot-rote Zusammenarbeit fortzuführen, sollte der Wähler es so wünschen. Zwar gibt es in einigen West-Bezirken der LINKEN. interne Probleme, wie etwa in Neukölln, wo die rot-rot-grüne Zählgemeinschaft nicht weiter fortgeführt werden konnte, weil der Bezirksvorstand und zunehmend der komplette Bezirksverband der Linkspartei von zwei (post-)stalinistischen Gruppierungen - Linksruck/Marx21 und der SAV unterwandert wurde. Hier wird fern der gesellschaftlichen Realitäten und gegen jegliche Logik aufgrund von mangelndem Sachverstand nur mit Agitation und Ideologie gegen die SPD und selbst gegen den eigenen Landesvorstand agiert, weswegen es zum Bruch der Zählgemeinschaft kam. Umso bedauerlicher ist dies, da die Zusammenarbeit mit der Fraktionsvorsitzenden Sylvia Stelz und der überwiegenden Mehrheit der Linksfraktion und den Stadträten und der Fraktion der SPD bis dato stets konstruktiv verlief.

Für die Landesebene der Linkspartei in Berlin bleibt jedoch festzuhalten, dass es mit Klaus Lederer als Bundestagsabgeordneten und Vorsitzenden der Landespartei und mit Udo Wolf als neuem Fraktionsvorsitzenden der Abgeordnetenhausfraktion zwei linke Demokraten gibt, die den ansonsten von Reformern dominierten Landesverband anständig vertreten.

Durch die starke Sozialdemokratie ist es gelungen die Linkspartei zu bändigen. Vor allem mit Hilfe der Senatoren Harald Wolf, Katrin Lompscher, Heidi Knake-Werner und Thomas Flierl ist es gelungen mit der PDS in einer fairen Zusammenarbeit zu agieren. Klaus Wowereit hat die Linkspartei entzaubert, die fortan gezwungen ist, als konstruktiver Akteur im Parteiensystem aufzutreten.

Trotz steigenden Umfragewerten der Grünen, ist für mich eine weitere Amtszeit mit Klaus Wowereit als Bürgermeister die attraktivere Option als eine Regierungsbeteiligung der Grünen, die hier nur von der Schwäche und vom Stimmpotential der FDP und der CDU profitiert und ansonsten substantiell wenig Neues anzubieten hat.

Ich denke: Am Wahltag wird die SPD die Nase wieder vorn haben und nach erneuten Verhandlungen beider Parteispitzen von SPD und LINKE. abermals als stärkste Fraktion die Regierung unserer Hauptstadt bilden können. Aber auch sonst kann man sich in einer Stadt

sicher fühlen und gut leben, in der mehr als zwei Drittel der Mandate an Abgeordnete von linken Parteien vergeben werden.

Die SPD Neukölln ist die richtigrote Volkspartei – Neue KandidatInnen aufgestellt

Michael Frank, www.michael-frank.eu vom 01. Dezember 2010

Am 27. November 2010 hat die Kreisdelegiertenversammlung der Neuköllner Sozialdemokratie mehrstündig getagt.

Zunächst begann der Kreisvorsitzende und stellvertretende Fraktionsvorsitzende im Berliner Abgeordnetenhaus Fritz Felgentreu mit einer Ansprache zur Lage der Landespartei. Hier wurden wichtige Programmpunkte wie die Schulpolitik, der Ausbau der A100 oder die Weiternutzung des Geländes vom Flughafen Tempelhof erläutert, aber auch auf Herausforderungen der Innenpolitik eingegangen.

Auch die Bezirkspolitik wurde ausführlich dokumentiert. So hat der auf der Kreisdelegiertenversammlung am 30. September 2010 einstimmig zum Spitzenkandidaten gewählte Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky die anstehenden Aufgaben für Neukölln benannt und hat dabei wie gewohnt deutliche Worte gefunden.

Beide erläuterten den Delegierten die wichtigsten Punkte aus der kürzlich beschlossenen Zeuthener Erklärung⁴¹ und wiesen auf die politischen Weichenstellungen⁴² hin, die die Politik der Neuköllner SPD seit 2002 bestimmt haben und zukünftig einen Rahmen für die Kommunalpolitik bilden.

Danach wurden die KandidatInnen für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus am 18. September 2011 und zur Bezirksverordnetenversammlung gewählt. Hier gab es zahlreiche Neunominierungen. Aus der Masse ragen für mich hier insbesondere zwei der jüngeren Kandidaten heraus: Joschka Langenbrinck (Wahlkreis 3 – Britz) und Jan-Christopher Rämer (Wahlkreis 5 – Gropiusstadt). Mit beiden schickt die SPD hier zwei interessante junge Kandidaten ins Rennen, die in Zukunft noch von sich hören lassen werden.

Jan-Christopher Rämer ist ein waschechter Neuköllner, der sein Abitur an der Fritz-Karsen-Gesamtschule absolviert hat. Nach seinem Zivildienst in Pforzheim und dem Grundstudium an der Uni Göttingen lebt er heute im Neuköllner Norden und studiert weiter an der Uni Potsdam. Neben den Parteiaktivitäten arbeitet er als Mitarbeiter eines SPD-Bundestagsabgeordneten. Seit 2006 ist er Vorsitzender des Quartiersmanagement-Beirates Körnerpark, seit 2005 Mitglied des Kreisvorstandes der SPD Neukölln. Weitere Erfahrungen sammelte er als Juso-Kreisvorsitzender von Neukölln (2005-2008) und als stellvertretender Juso-Landesvorsitzender von Berlin.

Auch Joschka Langenbrinck ist Student der Politikwissenschaft an der Universität Potsdam und seit 2002 Mitglied der SPD. Seit 2007 lebt er in Neukölln. Von 2006 bis September 2010 arbeitete er als Mitarbeiter einer Abgeordnetengruppe der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin. Seitdem ist er im Deutschen Bundestag für einen Abgeordneten tätig. Er ist Mitglied im Nachbarschaftsheim Neukölln e.V., der AWO, ver.di, dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Berlin-Brandenburg e.V., der Kurt-Schumacher-Gesellschaft e.V. und im Gesprächskreis Junge Sozialdemokratie Berlin e.V. Für die SPD ist er vor allem für die JungSozis sehr engagiert und organisiert immer wieder zu aktuellen und interessanten Themen Veranstaltungen auf höchstem politischen Niveau.

41 SPD Neukölln: Damit Solidarität eine Zukunft hat: Neue Wege für Kinder und Familien, Zeuthener Erklärung der Neuköllner SPD vom 06. September 2010, online unter: <http://spd-neukoelln.de/index.php?page=message&id=1596&blockid=1>

42 Buschkowsky, Heinz: Politische Weichenstellungen, Initiativen und Projekte seit 2002, <http://www.spd-neukoelln.de/pdf/pol-weichenstellungen.pdf>

Ich halte beide für hoffnungsvolle politische Ausnahmetalente, die mit der Hilfe der Partei das soziale Miteinander in unserer Gesellschaft voranbringen werden.

Altgediente Sozialdemokraten, wie der ehemalige Bezirksstadtrat Wolfgang Schimmang oder der Bezirksstadtrat Thomas Blesing stehen weiter mit Rat und Tat im Hintergrund zur Verfügung und helfen der Jugend, wo sie nur können. Außerdem gibt es eine hervorragende Kommunikation zwischen den Mitgliedern des Abgeordnetenhauses und den Bezirksamtsmitgliedern und den jüngeren GenossInnen.

Damit leitet die Neuköllner Sozialdemokratie um Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky und Kreisvorsitzenden Fritz Felgentreu einen internen Verjüngungsprozess ein, der sich in naher Zukunft weiter fortsetzen wird und von der übergroßen Mehrheit der Bezirkspartei getragen wird.

Fazit: Die Neuköllner SPD ist die richtigrote Volkspartei. Für mich gibt es keinen Grund mit seiner Stimme auf die Grünen oder gar die Linkspartei auszuweichen. In beiden Kleinparteien gibt es interne Querelen und ein ungeklärtes Verhältnis zur Anwendung von Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung. Der Übertritt der langjährigen Kreisvorsitzenden und BVV-Abgeordneten Gabi Gebhardt zeigt, dass engagierte PolitikerInnen in den Grünen zunehmend keine Mehrheit haben. Die Neuköllner Linkspartei ist nur noch ein Chaosverein und beherbergt mit Linksruck/Marx21 und der SAV zwei antisemitische Schleuserbanden für islamistische Terroristen. Ich halte diese Organisationen für eine extreme Gefahr für die innere Sicherheit in Neukölln und Berlin und bedauere, dass der Berliner Landesvorstand der Linkspartei auf meine fortlaufenden Warnungen diesbezüglich nicht reagiert hat.

Die Mafia regiert Neukölln!

Michael Frank, www.michael-frank.eu vom 11. Dezember 2010

Die Integrationsdebatten, die vor einiger Zeit in den Medien wieder neu entfacht sind zeigen, dass die akademische Elite in Deutschland und Berlin abseits der gesellschaftlichen Wirklichkeit argumentiert.

Auch das vom Senat debattierte Integrationsgesetz zeigt, dass die deutsche Politik sich ahnungs- und ratlos dem Dolchstoßversuch der Türken- und Arabermafia ergibt. All das Gerede um Integrationsbemühungen ist nichts weiter als Gesinnungsethik der Gutmenschen, die sich mit ihrer Multikulti-Ideologie eine Mauer in ihren Köpfen aufgebaut haben.

Die Realität in Berlin und vor allem in Neukölln sieht anders aus: Es gibt keine Stadt in Europa, die derart von illegaler Migration durch Antidemokraten zersetzt wird, wie Berlin: terroristische Schläfer, islamische Fundamentalisten, patriarchale Großfamilien, die auf Kosten des Sozialstaats leben und Gammler soweit das Auge blicken kann. Ausländische Mafiastrukturen, Drogenhandel mit Heroin und Crack, das bereits von Kindern angeboten wird, Menschenhandel, Zwangsprostitution, illegales Glücksspiel, Gewaltvorfälle, Raub und Mord.

Die Islamisten-Mafia nutzt den deutschen Sozialstaat aus, weil die Politik es zulässt und die Politiker zu dumm sind. Die Gutmenschen meinen, sie würden damit helfen, wenn sie jedem Asyl geben, der unter Vorwänden ins Land kommt und es gibt keinen Stadtteil, der darunter mehr leidet als Neukölln.

Besonders gefährlich sind hier die Positionen der Jusos, die reaktionär sind und den islamistischen Clan-Strukturen helfen, deren Ziel es ist, Demokratie und Freiheit zu zerstören. Die Jusos sind nicht nur Gutmenschen, sondern mit ihrer Träumerei, ohne es zu wissen, bereits der verlängerte Arm der Islamisten-Mafia.

Die Gesinnung, man müsse armen Ausländern vorrangig helfen, hat sich als Demokratie zersetzend erwiesen, Multikulti ist sichtbar gescheitert und wir können nicht alle Probleme dieser Welt in Deutschland lösen. Mit islamistischen Predigern aus dem Ausland, Zwangsheirat, Kopftuch und Burka, selbst bei Einbürgerungszeremonien verhöhnen die Islamisten die Politik und nutzen den Rechtsstaat aus, um Deutschland von innen zu zerstören. Wer nicht will, dass in 20 Jahren Al-Qaida in Berlin regiert und Deutsche am Baukran aufgehängt werden, der muss endlich eine andere Politik machen und die Gutmenschen stoppen.

Da ist es gut zu wissen, dass es mit Heinz Buschkowsky und Thilo Sarrazin noch aufrechte Sozialdemokraten gibt, die die Probleme klar beim Namen nennen. Der Aufschrei der Gutmenschen, inklusive der Presse und Kanzlerin zeigt, wie alarmierend es ist, dass selbst die Bundespolitik nur mit Beschwichtigungen und mit bewusster Verdrehung der Tatsachen agiert.

Die CDU ist hier ebenso scheinheilig in dieser Frage, wie die Linkspartei. Für die deutschen Jugendlichen, Bildung und Wissenschaft fehlt dringend das Geld. Beim Jobcenter muss man sich als Deutscher entschuldigen, dafür dass man noch am Leben ist, während Gammlerpack aus allen Ländern die Anträge für den gesamten Clan ausgefüllt bekommt. Das hat mit Gastfreundlichkeit nichts zu tun, das ist Dummheit. Mit ihrer Träumerei, in der sich ein deutscher Selbsthass widerspiegelt, schaffen die Gutmenschen in allen Parteien Deutschland ab und sehen zu, wie der Islamist unsere Kinder frisst.

Die Mafia regiert Neukölln und der Bürgermeister steht im Regen und wird allzu oft von seinen eigenen Genossen verraten. Wer nicht will, dass es zukünftig Rechtsextremisten sind,

die von der Angst der Bevölkerung profitieren, der muss jetzt in die Volksparteien eintreten und die Gutmenschen zum Kampf auffordern.

Wer Angst hat vor ausländischen Kriminellen, die unser Land kaputtmachen, wer Angst vor Gewalttätern und ihrer reaktionären Ideologie hat, der muss jetzt in die Parteien gehen, um etwas zu verändern. Am besten in die Sozialdemokratie.

Es geht nicht darum, ausländische Mitbürger zu stigmatisieren, sondern darum, die Augen vor der Gefahr der Überfremdung durch Demokratiefeinde nicht zu verschließen.

Schlussbemerkungen

Ich hoffe, dem oder der geneigten LeserIn hat das Buch gefallen. Die abgedruckten Artikel sind nicht die einzigen Veröffentlichungen von mir aus dieser Zeit. Ich habe in der Linkspartei diverse Reden gehalten und Anträge und Anfragen zur Neuköllner Kommunalpolitik verfasst, sowie einige politische Aktivitäten unterstützt, was ich auch nach meinem Übertritt zur Sozialdemokratischen Partei fortführe.

Außerdem habe ich Recherchen zu verschiedenen politikwissenschaftlichen, sozialwissenschaftlichen und pädagogischen Themen betrieben und wissenschaftliche Fachartikel geschrieben, die ich kontinuierlich auf meiner Internetseite www.michael-frank.eu veröffentlichen werde.

Als Komponist habe ich mehr als 500 Musikwerke geschaffen, die ich als Tonträger oder Notenwerk im Deutschen Musikarchiv der Deutschen Nationalbibliothek hinterlegt habe oder hinterlegen werde. Alle Werke werden im MP3-Format auf meiner Internetseite zum Download bereitgestellt. Hierunter findet sich Musik aus allen Genres: Mit Samples erzeugte Electro-, Dance-, House- und Disco-Musik, komponierte Instrumental-Musik, Klassische Musik, Sinfonien, Sonaten, einzelne Songs, aber auch Jingles und einzelne Samples, die jeder und jede sich frei anhören kann.

Ebenfalls habe ich Werke der Bildenden Kunst, Grafiken, Portraits und Karikaturen kreiert und Kunstbücher angefertigt, die ich ebenfalls alle auf meiner Internetseite ausstelle.

Als Kombination dieser Kunst mit meinen Musikwerken, werden zu verschiedenen Musikalben auch Musikvideos erscheinen, die aber derzeit noch in Bearbeitung sind.

Des Weiteren habe ich als Journalist Fotos produziert, die ich online veröffentliche und auch als Grafiken bearbeitet habe.

Deswegen lade ich Sie herzlich ein, weiter meine Veröffentlichungen zu lesen, zu hören oder zu betrachten.

Michael Frank

www.michael-frank.eu

Deutsche Nationalbibliothek: <http://d-nb.info/gnd/142082090>

PND: 142082090

Literaturverzeichnis

- Al-Radwany, Marwa/Haenisch, Stephanie: Schafft zwei, drei... viele Vietnam!, online unter: <http://marx21.de/content/view/377/36/>
- Bildungsstreik 2009, online unter: <http://www.bildungsstreik.net/demozahlen/>
- Bildungsstreik 2009: Forderungen der SchülerInnen zum Bildungsstreik 2009, www.bildungsstreik.net, online unter: http://www.bildungsstreik.net/aufruf/forderungen-der-schuler_innen/
- Bildungsstreik 2009: Forderungen der Studierenden zum Bildungsstreik 2009, www.bildungsstreik.net, online unter: <http://www.bildungsstreik.net/aufruf/forderungen-der-studierenden/>
- Brie, André: Der Lafontainismus, spiegel online vom 08.06.2008, online unter: <http://www.spiegel.de/spiegel/0,1518,629282,00.html>
- Bröcker, Michael/Kesler, Martin: Interview mit Frank-Walter Steinmeier: Das Rennen in NRW ist offen, online unter: http://www.rp-online.de/politik/Das-Rennen-in-NRW-ist-offen_aid_794747.html
- Buschkowsky, Heinz: Politische Weichenstellungen, Initiativen und Projekte seit 2002, <http://www.spd-neukoelln.de/pdf/pol-weichenstellungen.pdf>
- Das Gupta, Oliver: Gabriel und Grüne wittern Atom-Geheimplan, süddeutsche vom 16.09.2009, online unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/413/487815/text/>
- Doering, Kai/Fischer, Gero: „Ein gutes Signal“, Elke Ferner im Interview, vorwaerts.de vom 14.11.2009, online unter: <http://www.vorwaerts.de/artikel/ein-gutes-signal>
- Doering, Kai/Fischer, Gero: „SPD muss die Führung übernehmen“, Klaus Wowereit im Interview, vorwaerts.de vom 15.11.2009, online unter: <http://www.vorwaerts.de/artikel/spd-muss-die-fuehrung-uebernehmen>
- Fischer, Jörgr: Bedingungslos für die Hamas?, Jüdische Zeitung im März 2007, online unter: <http://www.j-zeit.de/archiv/artikel.66.html>
- FOCUS: Studie: Neue AKW und Endlager im Süden denkbar, focus online vom 16.09.2009, online unter: http://www.focus.de/politik/deutschland/forschung-studie-neue-akw-und-endlager-im-sueden-denkbar_aid_436267.html
- Grigat, Stephan: Links und gegen Juden? Antisemitismus und Antizionismus in der österreichischen Linken, online unter: <http://ldn-knigi.lib.ru/JUDAICA/SGrigat-Links.htm>

- Hengst, Björn: Lafontaines Politikerschelte – Erst draufhauen, dann wegducken, spiegel online vom 06.03.2006, online unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,404640,00.html>
- Kilpert, Daniel: Antisemitismus von Links, Bundeszentrale für politische Bildung vom 28.11.2006, online unter: http://www.bpb.de/themen/MTM8K3,0,0,Antisemitismus_von_links.html
- Kuhn, Annette im Interview: Frauenpolitik im Dritten Reich – Dem Führer ein Kind schenken, stern.de, online unter: <http://www.stern.de/panorama/frauenpolitik-im-dritten-reich-dem-fuehrer-ein-kind-schenken-597357.html>
- Küpper, Mechthild: Linke Denkfabrik: „Ypsilanti-Institut für angewandte Kuba-Wissenschaften“, faz.net vom 01.02.2010, online unter: <http://www.faz.net/s/Rub594835B672714A1DB1A121534F010EE1/Doc~E0EC99B9A663F405AA32DBE797554C59C~ATpl~Ecommon~Scontent.html>
- Linksruck Nr. 221 vom 19.07.2006, online unter: http://www.sozialismus-von-untten.de/lr/artikel_1890.html
- Marx, Karl: Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW Bd. 4, online unter: http://www.mlwerke.de/me/me04/me04_459.htm
- Mosler, Volkhard: Israels Politik ist rassistisch, in: Linksruck Nr. 176 vom 28.04.2004, online unter: http://www.linksruck.de/artikel_872.html
- Neue Westfälische: Hannelore Kraft im Interview, online unter: http://www.nw-news.de/owl/3526520_Kraft_Ich_moechte_nicht_mit_den_Linken.html?cnt=3526520
- Nungeßer, Karin: Sagt leise Servus – Was hat eigentlich die bürgerliche Ehe mit Familie zu tun?, freitag vom 11.10.2002, online unter: <http://www.freitag.de/politik/0242-ehegattensplitting>
- Palästinensische Gesellschaft für Menschenrechte: <http://pgmmenschenrechte.jeeran.com/palestine.html>
- Rachid, Nabil: Stellungnahme von Nabil Rachid, online unter: <http://www.nabil-rachid.de/stellungnahme.html>
- Seils, Christoph: Linke: Kommunistische Unterwanderung, Zeit online von 19.02.2008, online unter: <http://www.zeit.de/online/2008/08/linke-dkp-kpf>
- Sozialismus von Unten Nr. 5 vom Winter 2000/2001: Die neue Intifada, online unter: <http://www.sozialismus-von-untten.de/archiv/svu5/neueintifada.htm>
- SPD Neukölln: Damit Solidarität eine Zukunft hat: Neue Wege für Kinder und Familien, Zeuthener Erklärung der Neuköllner SPD vom 06. September 2010, online unter: <http://spd-neukoelln.de/index.php?page=message&id=1596&blockid=1>

SPD: SPD Mitgliederbestand, Stichtag 31.10.2009, online unter: http://www.spd.de/de/pdf/mitglieder/091031_Mitgliederbestand.pdf

Stuttgarter Zeitung: Studentenproteste: Hochschulrektoren wollen Dialog, Stuttgarter Zeitung online vom 13.11.2009, online unter: http://stuttgarter-zeitung.de/stz/page/2276475_0_5546_-studentenproteste-hochschulrektoren-wollen-dialog.html

Sturm, Daniel Friedrich: Gabriel will ein „Kümmerer“ wie Beck werden, welt online vom 23.11.2009, online unter: <http://www.welt.de/die-welt/politik/article5297402/Gabriel-will-ein-Kuemmerer-wie-Beck-werden.html>

Sturm, Daniel Friedrich: SPD: Neu-Chef Gabriel singt Loblied auf Ex-Chef Beck, welt online vom 22.11.2009, online unter: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article5292706/Neu-Chef-Gabriel-singt-Loblied-auf-Ex-Chef-Beck.html>

T-Online Nachrichten: Gabriel sieht seine Partei in katastrophalen Zustand, t-online Nachrichten vom 22.10.2009, online unter: http://nachrichten.t-online.de/spd-in-der-krise-sigmar-gabriel-sieht-partei-in-katastrophalem-zustand/id_20312418/index

YOUTUBE: Demo for Gaza in Berlin, online unter: <http://www.youtube.com/watch?v=EY5titkMdJ8&NR=1>

wahlrecht.de: online unter: <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/nrw.htm>

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Bundesumweltminister Sigmar Gabriel und Bundestagskandidat Björn Böhning, Foto: Michael Frank.....	34
Abbildung 2: http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/nrw.htm	51